



96. Sitzung

Freitag, den 13.12.2019

Mainz
in der Steinhalle des Landesmuseums

Befragung der Ministerpräsidentin

– Drucksache 17/10809 –	6473
Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:	6473, 6474
.	6475, 6476
.	6477, 6478
.	6479, 6480
.	6481, 6482
Abg. Christian Baldauf, CDU:	6474
Abg. Monika Becker, FDP:	6475
Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU:	6475, 6476
Abg. Hedi Thelen, CDU:	6475, 6477
Abg. Marco Weber, FDP:	6477
Abg. Gabriele Bublies-Leifert, fraktionslos:	6478
Abg. Bettina Brück, SPD:	6478
Abg. Uwe Junge, AfD:	6479, 6482
Abg. Joachim Paul, AfD:	6479
Abg. Thomas Roth, FDP:	6480
Abg. Alexander Fuhr, SPD:	6480
Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6481

Solaroffensive für Rheinland-Pfalz

Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksachen 17/10187/10534/10693 –	6482
Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6482
Abg. Andreas Rahm, SPD:	6483
Abg. Stephanie Lohr, CDU:	6484
Abg. Marco Weber, FDP:	6486
Abg. Jürgen Klein, AfD:	6486
Dr. Thomas Griesse, Staatssekretär:	6487
Tagesordnungspunkt mit Besprechung erledigt.	6488

Schulisches Förderkonzept für Kinder mit Migrationshintergrund

Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der CDU – Drucksachen 17/9891/10266/10761 –	6488
Abg. Thomas Barth, CDU:	6488, 6494
Abg. Georgina Kazungu-Haß, SPD:	6490
Abg. Michael Frisch, AfD:	6491, 6494
.	6495
Abg. Helga Lerch, FDP:	6492
Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6493, 6495
Abg. Gabriele Bublies-Leifert, fraktionslos:	6495
Hans Beckmann, Staatssekretär:	6496, 6498
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:	6497
Abg. Martin Brandl, CDU:	6497

Tagesordnungspunkt mit Besprechung erledigt. **6498**

Arbeitsmarktintegration von Deutschen, Ausländern und Flüchtlingen in Rheinland-Pfalz

Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der AfD und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der AfD – Drucksachen 17/10202/10533/10756 –	6498
Abg. Matthias Joa, AfD:	6499, 6501
.	6503, 6507
Abg. Sven Teuber, SPD:	6500, 6501
Abg. Michael Wäschenbach, CDU:	6502, 6506
Abg. Michael Frisch, AfD:	6504, 6505
Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:	6506

Tagesordnungspunkt mit Besprechung erledigt. **6507**

Präsidium:

Präsident Hendrik Hering, Vizepräsidentin Astrid Schmitt

Anwesenheit Regierungstisch:

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin; Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport, Herbert Mertin, Minister der Justiz, Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur; Clemens Hoch, Staatssekretär, Hans Beckmann, Staatssekretär, Dr. Thomas Griesse, Staatssekretär.

Entschuldigt:

Abg. Jens Ahnemüller, fraktionslos, Abg. Michael Billen, CDU, Abg. Horst Gies, CDU, Abg. Ingeborg Sahler-Fesel, SPD; Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung; Heike Raab, Staatssekretärin, Dr. Stephan Weinberg, Staatssekretär.

**96. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 13.12.2019**

Beginn der Sitzung: 9:30 Uhr

Präsident Hendrik Hering:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie recht herzlich zur 96. Plenarsitzung begrüßen. Schriftführende Abgeordnete sind Kollegin Kazungu-Haß und Herr Kollege Dr. Martin, der auch die Redeliste führen wird.

Ich rufe **Punkt 18** der Tagesordnung auf:

Befragung der Ministerpräsidentin
– Drucksache [17/10809](#) –

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Ministerpräsidentin, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Gemäß Beschluss dieses Landtags vom 11. Dezember 2019 führen wir in der heutigen Sitzung erstmals in unserer Geschichte und als erster Landtag in Deutschland eine Befragung der Ministerpräsidentin durch.

Zum Ablauf der Befragung möchte ich auch für die live zugeschalteten Zuschauerinnen und Zuschauer folgende Erläuterungen geben: Zunächst erfolgt der Bericht der Ministerpräsidentin insbesondere zu aktuellen Themen der Regierungsarbeit. Er soll 5 Minuten nicht überschreiten.

Die anschließende Befragung der Ministerpräsidentin dauert in der Regel 30 Minuten.

Insgesamt dürfen höchstens 18 Einzelfragen gestellt werden, die sich auf die Fraktionen wie folgt verteilen: SPD: 3, CDU: 5, AfD: 4, FDP: 3, Grüne: 3.

Einem fraktionslosen Mitglied des Landtags steht das Recht zu, in einer der drei Befragungen der Ministerpräsidentin der 17. Wahlperiode eine Frage zu stellen.

Die Fragen dürfen höchstens eine halbe Minute dauern. Sie müssen sich auf den Bericht der Ministerpräsidentin oder die von den Fraktionen eingereichten Themen beziehen. Einleitende Bemerkungen sind unzulässig. Fragen, die gegen diese Maßgaben verstoßen, können von mir zurückgewiesen werden.

Nach den Fragen zum Bericht der Ministerpräsidentin werden die von den Fraktionen eingereichten Themen, die sich aus der Drucksache 17/10809 ergeben, in der Reihenfolge der Stärke der Fraktionen, beginnend mit der größten Oppositionsfraktion, aufgerufen.

Zu dem von einer Fraktion eingereichten Thema muss die Fraktion mindestens eine Frage stellen, die als erste behandelt wird.

Die das Thema einreichende Fraktion ist berechtigt, unmittelbar im Anschluss an die Beantwortung eine weitere Frage zu stellen. Im Übrigen gilt, dass nach jeder Beantwortung das Recht zur Stellung weiterer Fragen auf eine

andere Fraktion übergeht. Die Fragestellenden melden sich bitte zu Wort, werden von mir aufgerufen und werden dann ihre Frage von einem der zwei Saalmikrofone aus stellen.

Die Antwort der Ministerpräsidentin, die unmittelbar auf die gestellten Fragen folgt, soll 1 Minute nicht überschreiten.

Die Befragung der Ministerpräsidentin wird per Livestream mit flexibler Kameraführung als auch live vom SWR übertragen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich auf ein neues und interessantes Format im Parlament des Landes Rheinland-Pfalz und erteile Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer das Wort zu einem aktuellen Bericht zur Regierungsarbeit.

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Guten Morgen, meine sehr geehrten Herren und Damen, liebe Kollegen und Kolleginnen! Wir hatten schon darüber gesprochen, der 9. Dezember 2019 war ein wichtiger Tag für Rheinland-Pfalz. Brüssel gab grünes Licht für die europäische Batterieallianz. Der Weg ist also freigemacht worden, dass Rheinland-Pfalz Standort für eine Batteriezellproduktion werden kann. 2.000 Arbeitsplätze in Kaiserslautern. Dort, wo zurzeit Verbrennungsmotoren gefertigt werden, sollen bald auch CO₂-arme Antriebsmotoren oder -formen produziert werden.

Das ist für mich ein Beispiel – freilich ein ganz besonderes Beispiel – dafür, dass wir die Veränderungen in der Arbeitswelt gestalten können, wenn wir die Chancen erkennen. Genau das tut die Landesregierung mit gemeinsamer Kraft – lieber Volker Wissing, liebe Ulli Höfken –, mit Ausdauer, mit viel Geld und auch mit viel Zielstrebigkeit.

Ich hätte auch über das wachsende und erfolgreiche Kompetenzzentrum für Smart Farming in Kaiserslautern reden können; denn in der Nutzfahrzeugindustrie mit vielen attraktiven Herstellern – ich nenne nur BOMAG, John Deere, Vögele, Wirtgen, Benninghoven, Daimler Wörth – und dem Nutzfahrzeugcluster CVC gelingt es uns, die digitale Transformation in der Zusammenarbeit von Forschung und industrieller Anwendung zu gestalten. Das ist ein wichtiger Baustein für eine erfolgreiche Zukunft unseres Landes mitten im Wandel.

Dazu gehört auch das einzigartige Zusammenwirken des Kompetenzzentrums Mittelstand 4.0, der Smart Factory, der TU-Kaiserslautern und natürlich unserer Forschungsinstitute. Dahinter steckt jahrelange Aufbauarbeit mit erheblicher auch finanzieller Unterstützung des Landes. Wir wollen die Chancen nutzen, Rheinland-Pfalz zu einem Gewinner der Transformation zu machen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zugleich steht dieser großartige Erfolg in Kaiserslautern sinnbildlich für die Transformationsprozesse in weiteren Regionen dieses Landes. Wir sind inmitten einer der größten und dynamischsten Veränderungen der Arbeitswelt, die wir seit der Industrialisierung und Automatisierung er-

leben. Mit dem technologischen Wandel stellte sich immer auch die soziale Frage. Das ist auch jetzt so. Die Menschen brauchen Sicherheit im digitalen Wandel.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Martin Haller, SPD: So ist das! –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr
richtig!)

Digitalisierung, demografischer Wandel und die große Herausforderung unseres Jahrhunderts, der Schutz von Klima und Umwelt, führen zu großen und schnellen Umbrüchen. Digitalisierung und Künstliche Intelligenz können wichtige Hebel sein, um unseren Wohlstand zu sichern, um wettbewerbsfähig zu bleiben und um nachhaltige Lösungen umzusetzen. Dazu ist Akzeptanz wichtig. Dazu ist auch wichtig, dass die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit ihren Fähigkeiten Teil dieser Veränderungen sind.

Ich bin häufig in unseren Betrieben unterwegs, auch dort, wo sich die Arbeitswelt im Moment sehr stark verändert und sich Menschen fragen, wo ihr Platz ist und was ihre Arbeit sein wird.

Darauf gibt die Landesregierung Antworten.

Im Wirtschaftsrat haben wir uns in diesem Jahr intensiv mit den Sozialpartnern beraten, welche Gestaltungsaufgaben wir weiter angehen, um ein attraktiver, wettbewerbsfähiger Industriestandort zu bleiben. Ganz oben steht das Thema „Qualifizierung und Weiterbildung“. Dazu gibt es geeignete Instrumente. Weitere sind in der Beratung, auch auf der Bundesebene.

Um gerade auch die kleinen und mittleren Unternehmen in der digitalen Transformation im Land zu unterstützen, wollen wir einen Transformationsrat einrichten. Wir bringen alle Akteure zusammen, zum Beispiel die Bundesagentur für Arbeit, die LVU, Gewerkschaften und die zuständigen Ministerien; denn für uns ist ganz klar: Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe.

Mit diesem Transformationsrat wollen wir auf die Besonderheiten der rheinland-pfälzischen Unternehmen zugeschnittene Maßnahmen weiterentwickeln. Wir werden systematisch Weiterbildung, Forschung und Förderprogramme auf die Transformation ausrichten.

Meine sehr verehrten Herren und Damen Abgeordnete, wir in Rheinland-Pfalz haben bisher jeden Strukturwandel aktiv gestaltet. Wir haben aus der Beschäftigungskrise nach der militärischen Konversion neue Chancen geschaffen. Wir sprechen heute zum Beispiel ganz selbstverständlich über unsere Hochschulstandorte wie Idar-Oberstein, Birkenfeld, Pirmasens und Höhr-Grenzhausen. Kaiserslautern ist nun ein Musterbeispiel in Rheinland-Pfalz für gelungene Transformation und ein Resultat unserer Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik. Das zeigt, dass wir als Landesregierung zusammen mit den Beschäftigten, mit den Unternehmen und den Akteuren vor Ort mit den richtigen Anpassungsstrategien die Chancen der neuen Zeit nutzen und unser Land auch immer wieder neu erfinden können.

Herzlichen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD, der FDP und
des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Präsident Hendrik Hering:

Zu diesem Bericht wird die erste Frage Herr Abgeordneter Baldauf, der Vorsitzende der CDU-Fraktion, stellen.

Abg. Christian Baldauf, CDU:

Herzlichen Dank. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerpräsidentin, die gesundheitliche Versorgung in Rheinland-Pfalz ist gefährdet. Es schließen Kliniken, einige sind von der Schließung bedroht. 60 % der Hausärzte müssen in den nächsten fünf Jahren ersetzt werden. Ich mache mir Sorgen. Deshalb meine Frage: Wie bewerten Sie die Gesundheitspolitik Ihrer Landesregierung der letzten Jahre angesichts von Kliniksterben und Ärztenotstand in Rheinland-Pfalz?

Danke.

(Beifall der CDU)

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Sehr verehrter Herr Baldauf, vielen Dank für die Frage. Sie wissen, dass die medizinische und pflegerische Versorgung schon immer allerhöchste Priorität in unserer Politik hat. Daran arbeiten wir immer noch sehr intensiv. Deshalb scheint es mir schon angemessen, noch einmal deutlich zu machen, dass es in unserem Flächenland Rheinland-Pfalz 77 Krankenhäuser an 97 Standorten gibt. Wir widersprechen den Forderungen auf der Bundesebene, auch der Krankenkassen, kleine Krankenhäuser zu schließen. Wir sind immer vor Ort, wenn es Krisen in kleinen Krankenhäusern gibt. Das Gesundheitsministerium macht sehr, sehr gute Arbeit. Wir suchen individuelle Lösungen neben unserer Gesamtstrategie.

Ein gutes Beispiel ist Hachenburg-Altenkirchen, wo jetzt in Hattert ein neues Krankenhaus gebaut wird, wo wir die ambulante und die stationäre Versorgung miteinander kombinieren werden. Ein anderes Beispiel ist Neuerburg, ein schwieriges Krankenhaus, das sich jetzt zu einem Gesundheitszentrum entwickelt hat.

Für uns steht klar fest: Auch wenn wir nicht die Träger der Krankenhäuser sind, haben wir die Mittel erhöht und schaffen die Rechtsgrundlage, damit Sicherstellungszuschläge gezahlt werden können, um Krankenhäuser aufrechtzuerhalten. Wir waren das erste Bundesland, das damit eingestiegen ist. Das ist unsere Strategie, in der Fläche auch kleinere Häuser zu unterstützen, damit die Grundversorgung auch dort gegeben ist. Wir sind ein Flächenland. Wir wollen, dass die medizinische Versorgung dort funktioniert. Deshalb arbeiten wir an dieser Sache hart und mit der ganzen Landesregierung.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Präsident Hendrik Hering:

Eine weitere Frage der Abgeordneten Becker für die FDP-Fraktion

Abg. Monika Becker, FDP:

Frau Ministerpräsidentin, ich möchte mich zunächst auf Ihren Bericht beziehen und frage deshalb: Was wird die Landesregierung über die Einrichtung eines Transformationsrates hinaus tun, um diesen Weg der Wirtschaft und der Arbeitswelt in die Digitalisierung zu gestalten?

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Ich habe es gesagt. Rheinland-Pfalz ist gut aufgestellt. Das liegt vor allem an dem innovativen Mittelstand. Es liegt an der Zusammenarbeit von Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstituten. Das ist sozusagen das Ökosystem unserer Transformation.

Ich hätte neben Kaiserslautern selbstverständlich auch den Biotechnologiestandort in Mainz oder auch den neuen Gesundheitscampus nennen können, der sich in Trier entwickelt. Wir wissen, in diesem Bereich gibt es tatsächlich Zukunftschancen.

Darüber hinaus geht es nicht nur um Innovation und um wirtschaftliches Vorangehen und Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft, sondern es geht auch darum, dass wir die Arbeitnehmer unterstützen, dies insbesondere durch Weiterbildung. Wir arbeiten gemeinsam mit dem Arbeitsministerium und der Agentur für Arbeit daran, dass Menschen, die ihre Arbeitsplätze verlieren, neue Perspektiven haben, indem wir neue Wirtschaftszweige entwickeln, indem wir neue Bereiche wie Pflege und Gesundheit stärken und die Menschen dazu befähigen, diese Jobs wirklich auch tätigen zu können.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Die nächste Frage stellt Frau Abgeordnete Thelen für die CDU-Fraktion.

Abg. Hedi Thelen, CDU:

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, ein großes existenzielles Problem unserer kleinen Krankenhäuser ist vor allen Dingen die mangelnde Bereitschaft der Landesregierung, ausreichend in die Krankenhäuser zu investieren und deren Investitionen zu zahlen. Tragen Sie eine Mitschuld auch vor dem Hintergrund, dass Sie selbst über zehn Jahre Gesundheitsministerin waren?

(Beifall der CDU)

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Meiner Auffassung nach liegen die Ursachen, warum es kleine Krankenhäuser manchmal bei uns im Land schwer haben – nicht nur bei uns im Land, sondern in der ganzen

Bundesrepublik Deutschland –, vor allem daran, dass die kleinen Krankenhäuser nach dem DRG-System einfach nicht ausreichend bei den Betriebskosten finanziert sind. Das ist das Grunddilemma. Dass wir in der Investitionen draufgesattelt haben, dass wir mit Sicherstellungszuschlägen an Bord sind, zeigt doch, dass wir unsere kleinen Krankenhäuser unterstützen.

Die Gesundheitsministerin ist aktiv auch im Bundesrat. Es kann nicht so weitergehen, dass der Zentralismus, der in Berlin von vielen gedacht wird, die in Großstädten etwas zu sagen haben, weiter die Bedingungen für unsere Krankenhäuser bestimmt.

(Starker Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen eine neue Aufstellung, was das Thema „DRGs“ betrifft, um Betriebskosten in kleinen Krankenhäusern besser stemmen zu können, und wir brauchen eine stärkere Verzahnung von stationärer und ambulanter Versorgung. Sie kennen das Problem sehr gut.

Die Glantal-Klinik ist ein gutes Beispiel, das wir entwickelt haben, in der Ärzte nicht nur in der Klinik, sondern auch ambulant tätig sein können. Dann wird ein Schuh daraus. Daran arbeiten wir ganz hart, damit das an anderen Standorten auch möglich wird.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Danke für
die Frage! –
Zurufe von der SPD: Bravo!)

Präsident Hendrik Hering:

Wir haben normalerweise die Regelung, dass das Frage-recht an andere Fraktionen übergeht. Deswegen stelle ich die Frage: Gibt es von anderen Fraktionen zum Komplex des Statements der Ministerpräsidentin eine weitere Frage?

(Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU: Die
habe ich, Herr Landtagspräsident!)

Ich lasse die Frage zu. Sie haben insgesamt nur fünf Fragen von der CDU. Herr Dr. Gensch, bitte.

Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU:

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin! Ich hoffe, dass Sie auf diese Frage antworten. Zu den Finanzverpflichtungen haben Sie das nicht getan.

2007 haben wir einen Masterplan zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung in Rheinland-Pfalz aufgelegt. Ziel war die Sicherstellung einer ambulanten ärztlichen Versorgung in Rheinland-Pfalz. Das Problem ist heute ein größeres, als es je war.

Vor diesem Hintergrund frage ich Sie: Wie soll die ärztliche Zukunft in Rheinland-Pfalz gesichert werden, wenn Ihre bisherigen Maßnahmen weitgehend wirkungslos geblieben sind?

(Beifall der CDU)

Wir kommen nun zum Thema 1 – CDU –.

(Zurufe im Hause)

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Herr Dr. Gensch, Sie sind Arzt. Sie wissen ganz genau, dass für die ambulante Versorgung und die Sicherstellung der ambulanten Versorgung nicht die Landesregierung, sondern die Kassenärztliche Vereinigung in ihrer Selbstverwaltung zuständig ist.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU –
Glocke des Präsidenten)

Trotzdem hat die Landesregierung im Jahr 2007 den Masterplan zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung entwickelt und auch unter der jetzigen Gesundheitsministerin weitergeschrieben. Wir tun das, weil wir glauben, dass wir auch in der Verpflichtung sind, dafür zu sorgen, dass die Menschen eine ausreichende medizinische Versorgung haben. Wir können nicht zaubern. Der demografische Wandel macht sich auch bei Ärzten und Ärztinnen breit. Das hat ein nichts mit der Landesregierung, sondern damit zu tun, dass meine Generation viel zu wenig Kinder auf die Welt gebracht hat.

Trotzdem ist es so, dass wir dafür sorgen, dass beispielsweise der Zugang zum Medizinstudium ohne Abitur möglich ist, dass wir Wiedereinstiegskurse für Ärzte und Ärztinnen machen, dass wir Weiterbildungsverbünde gefördert und unterstützt haben,

(Abg. Alexander Licht, CDU: Da muss es
doch auch freie Plätze geben! –
Weitere Zurufe von der CDU –
Glocke des Präsidenten)

dass wir Praxisübernahmen fördern, dass wir eine Landarzt-offensive gemacht haben usw. Ich könnte viele andere Beispiele nennen, die deutlich machen, wir wissen, die Kassenärztliche Vereinigung ist zuständig, und trotzdem sind wir nicht tatenlos, sondern wir tun alles, was geht, um die ärztliche Versorgung in unserem Bundesland sicherzustellen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU:

Ich habe eine Nachfrage.

Präsident Hendrik Hering:

Herr Dr. Gensch, wir haben die klare Regelung, dass das Fragerecht an andere Fraktionen übergeht. Ich habe jetzt schon zugelassen, dass es zwei Folgefragen sind.

Wenn keine weiteren Fragen von anderen Fraktionen zum Thema „Aktueller Bericht der Landesregierung“ vorliegen, was offensichtlich der Fall ist, dann ist dieser erste Punkt beendet.

Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU:

Herr Hering, Sie haben initial gesagt, als Sie das Verfahren hier vorgestellt haben, dass wir uns entweder zum Bericht melden können, also zur Aussprache der Ministerpräsidentin, oder zu unseren vorgegebenen Themen. Das haben wir im Anschluss an die Berichterstattung der Ministerpräsidentin getan. Das ist ein Problem von Ihrer Seite, nicht von unserer Seite.

(Starker Beifall der CDU)

Präsident Hendrik Hering:

Nein.

Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU:

Das möchte ich hier klar dokumentieren und zurückweisen. Erklären Sie uns klar das Verfahren – – –

Präsident Hendrik Hering:

Herr Dr. Gensch, die Verfahrensführung ist hier. Sie haben – – –

(Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU: Ich habe
den Prozess scheinbar besser verstanden
als Sie! –

Zurufe im Hause –

Abg. Jens Guth, SPD: Unmöglich! Kein
Benehmen! –

Weitere Unruhe im Hause –

Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU: Dazu gibt
es das Präsidium, um den Prozess
strukturiert zu gestalten)

Herr Dr. Gensch, es ist nicht an Ihnen, die Dinge zu kommentieren. Sie haben nicht Verfahrensfragen zu kommentieren.

Wir haben eben den Themenkomplex „Aktueller Bericht der Landesregierung“ aufgerufen. Dazu gab es ein paar Fragen. Ich habe noch nicht den Komplex der CDU aufgerufen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Doch!)

– Nein. Ich habe ihn nicht aufgerufen. Das war der aktuelle Bericht.

Wir kommen nun zum **Thema 1 – CDU-Fraktion – „Medizinische und pflegerische Versorgung im ländlichen Raum“**. Jetzt können Sie eine weitere Frage stellen. Herr Dr. Gensch, Sie haben das Wort für eine weitere Frage.

Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU:

Ich danke Ihnen sehr, Herr Landtagspräsident.

Frau Ministerpräsidentin, Ärztemangel erfordert Ärztenachwuchs, ein Mehr an Ärzten. Aktuell droht allerdings die Mainzer Unimedizin sogar mit einer Reduzierung der bestehenden Studienplätze, weil Sie Ihren finanziellen Verpflichtungen als Landesregierung nicht nachkommen. So frage ich Sie: Mit welchen Maßnahmen möchte die Landesregierung die Anzahl der Medizinstudenten vor dem Hintergrund erhöhen, dass derzeit viel zu wenige in Rheinland-Pfalz ausgebildet werden?

(Beifall der CDU)

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Punkt 1, Herr Dr. Gensch, wir erweitern die Studienmöglichkeiten an der Universitätsmedizin und reduzieren sie nicht.

Wir haben sehr deutlich gemacht, dass wir auch Ansätze fahren wie die Landarztquote oder die regionalisierten Studienplätze. Warum? Weil wir endlich einmal ehrlich im Plenum sagen müssen, dass man Schluss mit der Mär machen muss, dass dann, wenn die Universitätsmedizin weitere Studienplätze schafft, dies automatisch Ärzte in Rheinland-Pfalz sind. Das ist nicht so.

Die Medizinstudienplätze werden bundesweit vergeben. Menschen aus anderen Bundesländern studieren bei uns, und unsere Studierenden studieren an anderen Universitäten. Wer am Ende in Rheinland-Pfalz bleibt, ist eine ganz individuelle Entscheidung.

Zum ersten Mal setzen wir mit der Landarztquote, zu der erst vor einem Jahr die Grundlage auf Bundesebene verabschiedet worden ist, um, dass ein Teil der Studienplätze – es sind 6,3 % – an Menschen vergeben werden kann, die sich verpflichten, nach dem Studium auch wirklich in Rheinland-Pfalz zu bleiben. Diese Studienplätze bauen wir auf. Wir machen es auch mit einer Teilregionalisierung in Trier, weil wir uns erhoffen, dass dadurch ein Klebeeffekt entsteht und die Menschen, die jetzt eine Ausbildung machen, wirklich in unserem Bundesland Rheinland-Pfalz bleiben.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Herr Weber für die FDP-Fraktion.

Abg. Marco Weber, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin! Vertritt auch die Landesregierung wie die Ampelfraktionen die Auffassung, dass die Telemedizin eines der Schlüsselthemen im ländlichen Raum bzw. in Rheinland-Pfalz ist und sie das eine oder andere Thema setzen kann bzw. auch den Ausbau medizinischer Anwendungen mit beeinflusst?

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Herr Abgeordneter Weber, natürlich vertreten wir diese

Meinung auch. Die Telemedizin kann keinen Arzt ersetzen, aber sie kann ärztliche Tätigkeit ergänzen. Das tun wir auch an vielen Stellen, indem wir vor allem für chronisch Kranke Modelle entwickeln, die das Leben für die Menschen wirklich leichter machen.

Das jüngste Modell der Gesundheitsministerin, nämlich die Telemedizin-Assistenz, dient genau dazu, die Hausärzte zu entlasten. Das heißt, explizit ausgebildete Assistenzkräfte machen den Hausbesuch, sind telemedizinisch ausgestattet und können von dort unmittelbar die Daten an den Hausarzt überspielen, sodass der Arzt nicht immer – vor allem bei chronisch kranken Menschen – vor Ort sein muss und eine Entlastung durch die Telemedizin erfährt.

Deshalb, finde ich, passt das ziemlich gut zu dem Thema, mit dem ich begonnen habe, nämlich der Transformation. Natürlich wird uns die neue digitale Möglichkeit Chancen geben, auch die Ärzte und Ärztinnen zu entlasten. Genau das tun wir mit großer Kraft zusammen im Gesundheitsministerium, und die Telemedizin gehört ganz groß dazu.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Eine weitere Frage der Abgeordneten Thelen von der CDU-Fraktion.

Abg. Hedi Thelen, CDU:

Sehr geehrte Frau Ministerin,

(Zurufe von der SPD: Ministerpräsidentin! –
Abg. Martin Haller, SPD: Das ist eine
Unverschämtheit! Das macht sie zum
zweiten Mal!)

Sie haben gesagt, mehr Medizinstudienplätze heißt nicht zwingend mehr Ärzte in der Versorgung.

(Unruhe bei der SPD –
Glocke des Präsidenten)

Mehr Medizinstudienplätze erhöhen aber die Chancen. Wir haben Ihre Ausführungen zur Kenntnis genommen. Die aktuelle Notlage und der tatsächliche Ärztemangel bestehen weiterhin. Das ist die Situation. Das von Ihnen gezeichnete Bild entspricht nicht der Realität.

Welche zusätzlichen wirksamen Anstrengungen des Landes sind in nächster Zeit geplant?

(Beifall der CDU)

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Sehr geehrte Frau Thelen, kein Mensch bestreitet – auch ich nicht –, dass wir es mit einem demografischen Wandel zu tun haben. Ich kann es noch einmal sagen: So, wie wir bei den Ingenieuren und in vielen anderen Bereichen zu wenig Nachwuchs haben, gilt das auch für Ärzte und Ärztinnen.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Weil keine Plätze da sind!)

Deshalb ist es so, dass wir alles unternehmen, um das zu kompensieren. Das bedeutet beispielsweise, dass wir im ambulanten Bereich viele Fördermaßnahmen ergriffen haben, um die ärztliche Versorgung sicherzustellen.

Wir fördern und unterstützen beispielsweise die Bildung von Genossenschaften. Wir fördern beispielsweise die Niederlassung von Zweigpraxen. Wir ermöglichen es den Ärzten und Ärztinnen, sich zu Weiterbildungsverbünden zusammenzutun, damit sie sich weiter aus- und weiterbilden.

Wir ermöglichen es vor allem Ärztinnen, die sehr früh aus dem Beruf gegangen sind, als Quereinsteigerinnen wieder in den Beruf hineinzukommen, weil wir dort ein großes Potenzial an Möglichkeiten sehen.

Das sind wenige Beispiele aus unserem Masterplan; das, was das Ministerium auf den Weg gebracht hat. Genau das tun wir auch in Zukunft. Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, die uns der Bundesgesetzgeber gibt, um das zu erfüllen, was wir versprechen, nämlich dass wir trotz Ärztemangel eine gute pflegerische und gesundheitliche Versorgung vor Ort haben.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Zu diesem Themenkomplex noch eine Frage der fraktionslosen Abgeordneten Bublies-Leifert.

Abg. Gabriele Bublies-Leifert, fraktionslos:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin! Wie will die rheinland-pfälzische Landesregierung im Hinblick auf das Klimapaket mit der hohen CO₂-Bepreisung, welche Sie als kommissarische Bundesvorsitzende der SPD mitgetragen haben, den dauerhaften Fortbestand der häuslichen und ambulanten Pflege insbesondere in den sehr ländlich geprägten Flächenkreisen sichern, wenn die Benzin- und Energiekosten planmäßig erheblich steigen sollen?

Die Pflegesätze reichen gerade bei den eigenen pflegenden Angehörigen jetzt schon nicht aus. Wenn die Preise dann noch steigen – Stromkosten etc., Benzinkosten für die Anfahrten –, sprengt das oft das Budget.

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Vielen Dank, das ist eine interessante Frage.

(Heiterkeit bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Ich würde sagen, für den Fall, dass es zu dem Gesetz mit dem CO₂-Preis kommt – es ist übrigens ein Einstiegspreis von 10 Euro, das will ich einfach noch einmal feststellen, also von wegen ganz, ganz hoher CO₂-Preis –, haben wir viele, viele Kompensationsmaßnahmen entwickelt, sodass

niemand davor Angst haben muss, dass ihn oder sie diese Entwicklung überfordert.

Man kann sich aber schon vorstellen, dass wir gemeinsam mit dem Bund perspektivisch noch einmal Anreize schaffen, damit auch ambulante Pflegedienste und Ärzte, die unterwegs sind, zum Beispiel auf E-Mobilität umsteigen, und sie dann den Vorteil nutzen; auch für die Perspektive, mit Fahrzeugen unterwegs zu sein, mit denen das Fahren eher noch günstiger wird, als es zurzeit ist.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Zu diesem Thema liegen offensichtlich keine weiteren Fragen mehr vor.

Wir kommen zum **Thema 2 – SPD-Fraktion – „DigitalPakt und Informatik-Profil-Schulen in Rheinland-Pfalz“**. Frau Abgeordnete Brück.

Abg. Bettina Brück, SPD:

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, welche Initiativen hat die Landesregierung in jüngster Zeit im Bereich der Digitalisierung unserer Schulen angestoßen?

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Vielen herzlichen Dank, Frau Brück, für diese Frage. Auch das passt sehr gut zum Thema „Transformation“, weil seit über zehn Jahren das Thema „Digitale Bildung“ ein Schwerpunktthema in unserer Bildungspolitik ist. Warum? Weil uns natürlich die Entwicklung fordert. Unsere Kinder, unsere Schüler und Schülerinnen sollen für eine digitale Zukunft gut ausgerüstet und ausgestattet sein.

Deshalb, denke ich, darf ich heute noch einmal sagen, seit zehn Jahren sind wir unterwegs mit „Medienkompetenz macht Schule“. Jetzt haben wir unsere Mittel erhöht, die Landesmittel verdreifacht, die Anwendungsbetreuung verdoppelt. Wir werden jetzt mit dem DigitalPakt Schule die Mittel zur Verfügung haben, er kommt genau zur richtigen Zeit. Wir haben in aller kürzester Zeit die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass er auch umgesetzt werden kann.

Bereits im Juli haben wir als eines der ersten Bundesländer die Verordnung auf den Weg gebracht. Ich freue mich, sagen zu dürfen, dass der 9. Dezember nicht nur wegen der Verkündung bezogen auf die Batteriezellproduktion ein wichtiger Tag war, sondern auch deshalb, weil die Bildungsministerin den ersten Förderbescheid an eine kleine Schule im Westerwald, in Norken, vergeben hat. Das war der erste Bescheid zur Umsetzung des DigitalPakts.

Natürlich will ich auch noch die Informatik-Profil-Schulen nennen, die ein wichtiger Meilenstein in diesem Zusammenhang sind.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Gibt es eine weitere Frage zu diesem Themenkomplex? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Wir kommen dann zum **Thema 3 – AfD-Fraktion – „Medienstaatsvertrag“**. Herr Abgeordneter Junge.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, der Medienstaatsvertrag ersetzt den Rundfunkstaatsvertrag und stellt ausdrücklich auch Internetmedien unter Aufsicht der Behörden. § 81 im Entwurf des Medienstaatsvertrags enthält Regelungen zur Belegung von Medienplattformen. Dabei sollen erforderliche Kapazitäten für die bundesweiten, gesetzlich bestimmten beitragsfinanzierten Programme zur Verfügung stehen. Meine Frage: Welche konkreten Anbieter oder Anbietergruppen sind von dieser Regelung betroffen?

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Vielen Dank, Herr Junge, für diese Frage. Ich will vorab sagen, ich bleibe dabei, dass der neue Medienstaatsvertrag wirklich ein medienpolitischer Meilenstein ist. Warum? Das Internet gibt uns neue Möglichkeiten für Medienangebote, aber das Bundesverfassungsgericht hat schon richtig gesagt, Meinungsvielfalt ist noch lange nicht Meinungsvielfalt. Der Medienstaatsvertrag gewährleistet genau diese Vielfalt.

Das bedeutet, dass es in Zukunft Regeln geben wird, mit denen sichergestellt ist, dass nicht nur Bezahlangebote, nicht nur kommerzielle Angebote, sondern auch Angebote mit sogenanntem Public Value – öffentlich-rechtliche und andere, auch private mit Public Value – auffindbar sind.

Ich nenne ein Beispiel dafür. Wenn Sie heute Ihre neue Fernsehtastatur zu Hause auf dem Schreibtisch oder auf der Couch liegen haben und Sie sehen nur Netflix oben drauf, dann ist das nicht die Art und Weise, wie wir uns Medienvielfalt vorstellen. Auch nicht, wenn Sie Alexa auffordern, bitte schalte mir die Nachrichten ein, und es kommt immer nur der am weitesten verbreitete Kanal. Stattdessen wollen wir, dass Alexa dann auch fragt, welche Nachrichten Sie gerne möchten, und eine Bandbreite aufzeigt.

(Abg. Damian Lohr, AfD: Gibt es doch schon!)

Das bedeutet Meinungsvielfalt, und so einfach ist es auch darstellbar. Das sind die Regeln, die wir jetzt über den Medienstaatsvertrag bauen. Das ist auch richtig und gut so.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für eine Zusatzfrage hat der Abgeordnete Junge das Wort.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Meine zweite Frage schließt sich an die erste an. Der Di-

gitalverband Bitkom bezeichnet den Medienstaatsvertrag als unverhältnismäßigen Eingriff in die Gestaltungsfreiheit der Anbieter von Medienplattformen. Bitte begründen Sie, warum Must-Carry-Regelungen Ihrer Meinung nach keinen Angriff darstellen bzw. warum Sie diese Eingriffe für verhältnismäßig halten.

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Wir möchten, dass Rheinland-Pfälzer und Rheinland-Pfälerinnen auch in Zukunft beispielsweise ihre Radiosender empfangen bzw. finden können und sie tatsächlich die lokalen und regionalen öffentlich-rechtlichen Nachrichten finden. Es ist deshalb kein Eingriff, weil wir nicht in die Inhalte gehen.

Der Medienstaatsvertrag geht nicht in die Inhalte, entgegen der Dinge, die Sie manchmal sagen, sondern er regelt nur die Auffindbarkeit über eine Must-Carry-Regelung, damit klar ist, wenn Sie Ihre Plattform, Ihren Fernseher einschalten – gehen Sie ins Hotel, auch dort können Sie es schon sehen –, finden Sie nicht nur die Kacheln von Netflix und was auch immer, sondern auch das, was öffentlich-rechtlich ist, was eben einen öffentlichen Wert hat, wozu beispielsweise auch die Verpflichtung gehört, dass Private wie SAT.1 oder RTL Regionalfenster haben, in denen sie regionale Nachrichten gestalten.

Das ist das Thema, um das es beim Medienstaatsvertrag geht. Ich finde es richtig, dass in dieser Welt, in der wir so viele Medien, so viele Möglichkeiten haben, die Menschen auch das auffinden, von dem sie sagen, das sind Angebote nach journalistischen Standards. Zu denen haben wir uns miteinander auch committed.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Eine weitere Frage zu dem Themenkomplex des Abgeordneten Paul.

Abg. Joachim Paul, AfD:

Frau Ministerpräsidentin, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Laut Bericht des Bayerischen Rundfunks sollen künftig gesellschaftlich relevante Inhalte hinsichtlich ihrer Auffindbarkeit bevorzugt werden. Öffentlich-rechtliche Inhalte fallen automatisch in diese Kategorie. Bei privaten Sendern werden nur bestimmte Angebote als sogenannte Public-Value-Angebote, Gemeinwohlangebote, definiert. Ist es zutreffend, dass alle öffentlich-rechtlichen Inhalte nach dem Medienstaatsvertrag Gemeinwohlinhalte sind, also auch Formate wie „Der Bergdoktor“?

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Die öffentlich-rechtlichen Medien haben laut dem Bundesverfassungsgericht einen Auftrag, und den erfüllen sie. Es ist ein gesamter Auftrag, der sich nicht nur auf das Thema der Nachrichten bezieht.

Ich mache noch einmal deutlich, wir wollen, dass die

Meinungs- und Medienvielfalt auch in Zukunft sichtbar ist – um diesen Punkt geht es –, und dass Sie, wenn Sie Ihre Kacheln auf Ihrem TV-Gerät haben, dort nicht nur Netflix oder Amazon steht, sondern von mir aus auch ZDF, ARD oder Deutschlandradio.

Genau um diesen Punkt geht es, Herr Paul. Sie grinsen wieder so ein bisschen. Ich kann nur sagen, ich finde es nicht erstaunlich, dass ausgerechnet Sie diese kritischen Fragen stellen; denn Sie sind auch diejenigen, die von Anfang an immer gerade den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Lügenpresse und Ähnliches bezeichnet haben.

(Beifall, der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Martin Haller, SPD: So sieht es aus! –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Na, na, na! –
Abg. Joachim Paul, AfD: So habe ich ihn
nie bezeichnet! Frau Ministerpräsidentin,
das sind Fake News! –
Glocke des Präsidenten)

Deshalb muss man hier auch ganz entschieden sein, weil es nicht so ist, wie ich es auch gestern in der Debatte gehört habe, dass irgendjemand in die Inhalte eingreift, sondern es geht nur darum, dass Regeln erstellt werden, damit das, was Public Value ist, sichtbar und erreichbar und für die Menschen auch sehbar ist. Genau um diesen Punkt geht es, wenn wir heute über eine neue Plattform-ökonomie reden und eben nicht mehr nur über das herkömmliche Fernsehen.

(Beifall der SPD, der FDP, des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und bei der CDU –
Abg. Martin Haller, SPD: Sehr schön! –
Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Wir haben die klare Regelung, dass nach einer Beantwortung das Fragerecht auf eine andere Fraktion übergeht. Ich habe es schon zugelassen, dass Sie eine Frage stellen können, Herr Paul. Auch das wäre normalerweise nicht zulässig gewesen.

Gibt es von anderen Fraktionen zu diesem Themenkomplex noch eine Frage? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Damit ist dieser Themenkomplex beendet.

Wir kommen zum **Thema 4 – FDP-Fraktion – „Rheinland-Pfalz und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2020“**. Hierzu der Abgeordnete Roth.

Abg. Thomas Roth, FDP:

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, wie bringt sich Rheinland-Pfalz in die Gestaltung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 ein?

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Indem die
SPD in der Regierung bleibt!)

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Gestatten Sie mir aufgrund der Aktualität eine ganz kleine

Vorbemerkung. Seit gestern Abend ist klar, dass Großbritannien zum 31. Januar aus der Europäischen Union austreten wird und wir dann vor einer neuen Situation stehen. Das bedeutet für unseren Vorsitz in der Europa-ministerkonferenz, dass er dann einen weiteren wichtigen Schwerpunkt hat; denn in der Übergangszeit, bis die Handelsabkommen abgeschlossen sind, haben wir ein großes Interesse daran, dass die Belange unserer Wirtschaft, die im engen Kontakt mit Großbritannien steht, formuliert werden.

Wir werden unseren Vorsitz auch dafür nutzen, uns einzubringen, unsere Stimme deutlich zu machen. Vor allem sind wir als Vorsitzland die Stimme aller deutschen Bundesländer, und wir bringen unsere Belange ein, damit sie in der deutschen EU-Ratspräsidentschaft berücksichtigt werden können. Das gilt auch unter diesen Vorzeichen, die wir jetzt aufgrund der Wahl haben, ganz besonders; denn Rheinland-Pfalz hat ein großes Interesse daran, dass die wirtschaftlichen Verbindungen zu Großbritannien auch in Zukunft gut laufen werden.

Insofern haben wir einen zusätzlichen neuen Gestaltungsanspruch neben dem, was wir sowieso schon vorhatten. Das kann ich jetzt aber nicht mehr ausführen, weil schon 1 Minute und 10 Sekunden vorüber sind.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Vereinzelt Heiterkeit im Hause)

Präsident Hendrik Hering:

Eine Frage des Abgeordneten Fuhr von der Fraktion der SPD.

Abg. Alexander Fuhr, SPD:

Frau Ministerpräsidentin, wenn wir über die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sprechen, müssen wir berücksichtigen, dass wir uns in einem föderalen Bundesstaat, einem Föderalsystem bewegen und die föderale Kompetenz im Bereich der Bildung bei den Bundesländern liegt. Deswegen frage ich, bei welchen Themen und Inhalten Rheinland-Pfalz sich hier starkmachen will.

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Vielen Dank, das gibt mir jetzt doch noch die Chance,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: So ein
Zufall!)

weil einer unserer Schwerpunkte als Vorsitzland der Europaministerkonferenz die Bildungspolitik und die Kulturpolitik ist. Unsere originäre Zuständigkeit ist die Bildungspolitik; auch die Bildungsministerin macht Europa zu ihrem großen Thema als Vorsitzende der Kultusministerkonferenz. Da ist ein Punkt, der für uns ganz besonders wichtig ist, nämlich die Austausche von Schülern und Schülerinnen, Studierenden, aber auch beruflich Auszubildenden zu stärken, auch in Zukunft, also ERASMUS, Erasmus+ und alles, was damit zusammenhängt.

Da ist Rheinland-Pfalz schon sehr, sehr gut, gerade weil

die Bildungsministerin das zu ihrem Schwerpunkt gemacht hat. Wir möchten gerade im Zusammenhang mit dem Brexit erreichen, dass der Austausch junger Menschen auch in Zukunft möglich ist und intensiviert wird; denn wir wollen weiterhin die Freundschaft zu Großbritannien pflegen, Brexit hin, Brexit her. Wir wollen, dass die persönlichen Beziehungen auch in Zukunft weiterhin gut sind.

Umso wichtiger ist es, dass wir unseren Schülern, den jungen Menschen, den Studierenden, den beruflich Auszubildenden ermöglichen, dass sie diese Kontakte pflegen. Deshalb wird ein Schwerpunkt in unserer Sitzzeit sein, dass wir darauf achten, dass ERASMUS, Erasmus+ und alles, was damit zusammenhängt, bei den Finanzverhandlungen am Ende nicht herunterfällt, sondern die Stärkung erfährt, die wir in dem Bereich brauchen, und das jetzt erst recht.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Präsident Hendrik Hering:

Gibt es zu diesem Themenkomplex weitere Fragen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Damit kommen wir zum **Thema 5 – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – „Ehrenamtliches Engagement in Rheinland-Pfalz“**. Die Abgeordnete Schellhammer hat das Wort.

Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, am 5. Dezember war der Internationale Tag des Ehrenamtes. Das Ehrenamt gehört zur DNA von Rheinland-Pfalz. Knapp die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in ihrer Freizeit. Wir möchten diese Gelegenheit hier nutzen und den Fokus auf dieses vielfältige Engagement lenken. Deswegen die Frage: Wie hat sich aus Ihrer Sicht das Ehrenamt im Jahr 2019 entwickelt?

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Das ist eine schöne Bezeichnung, das Ehrenamt gehört zur DNA unseres Bundeslandes. Es ist für mich, für uns als Regierung und für die regierungstragenden Fraktionen ein ganz, ganz großer, wichtiger Schwerpunkt. 48 % der Bürger und Bürgerinnen sind in Rheinland-Pfalz ehrenamtlich aktiv. Das ist der Spitzenwert in ganz Deutschland. Das hat mit der Mentalität unserer Menschen zu tun, aber es hat natürlich auch damit zu tun, dass wir versuchen, gute Rahmenbedingungen für die Ehrenamtsförderung und das bürgerschaftliche Engagement zu schaffen. Dazu gehört vor allem unsere Leitstelle, die ganz viel Beratung und Unterstützung leistet.

Die Zahlen sprechen für sich. Ich finde es noch einmal interessant zu sagen, auch wenn es viele Vereine gibt, die im Moment Nachwuchssorgen haben, ist es gleichzeitig so, dass auf 1.000 Menschen in unserem Land immerhin neun Vereine kommen, die Anzahl der Vereine also trotzdem wächst. Das bedeutet, im Ehrenamt ist vieles, vieles im Wandel. Es ist unsere Aufgabe als Leitstelle zu unterstützen, mit Fortbildungen, mit Workshops, mit guten Ideen,

wie man das Thema „Nachwuchs“ angehen und was man an Rahmenbedingungen verändern kann.

Und wir leisten auch mit Initiativen wie „Ich bin dabei!“ einen ganz großen Beitrag, dass das Ehrenamt sich weiter gut entwickelt, und ich danke an jeder Stelle in diesem Land den Bürgern und Bürgerinnen dafür, dass sie sich so engagieren. Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Präsident Hendrik Hering:

Eine weitere Frage der Abgeordneten Schellhammer.

Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben hervorgehoben, welchen Herausforderungen das Ehrenamt sich gegenübergestellt sieht. Welche Möglichkeiten sieht denn die Landesregierung, das Ehrenamt noch weiter zu unterstützen?

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Eine Herausforderung ist ganz sicher, dass sich das Ehrenamt verändert hat und wir schon Bereiche haben, wo es zurzeit schwierig ist, Vorstände zu finden, die eine andere Art von Verantwortung übernehmen. Dazu machen wir regionale Workshops in allen möglichen Regionen, die immer sehr, sehr gut besucht werden, um Beispiele zu zeigen, wie es Vereine angepackt haben, trotzdem Nachfolger zu gewinnen für Menschen in verantwortlichen Positionen.

Es gehört auch dazu, dass wir ganz viel Fortbildung machen. Zum Beispiel hat die Datenschutz-Grundverordnung unsere Vereine ziemlich durcheinandergebracht. Wir haben ganz viele Unterstützungsleistungen gegeben, damit sie doch handhabbar ist.

Wir engagieren uns auch im Bereich Ehrenamt 4.0, indem wir regelmäßig einen Wettbewerb ausschreiben und den Vereinen zeigen, was man mit der Digitalisierung an Erleichterung und Fortschritt finden kann, damit sich Engagement auch in diesem Bereich weiterentwickelt und vielleicht auch anders entwickelt.

Selbstverständlich ist es für uns klar, dass wir mit der Ehrenamtskarte, mit Projekten wie dem Ehrenamtstag, einmal im Jahr – mit großer Unterstützung auch unseres Landessenders –, deutlich machen, dass die Wertschätzung des Ehrenamtes für uns etwas ganz, ganz Großes und Wichtiges ist. Das sind Projekte, mit denen wir das deutlich machen. Es machen auch ganz viele mit, wie bei der Ehrenamtskarte, die wirklich gut eingeschlagen ist.

(Glocke des Präsidenten)

Ganz, ganz viele Bürger und Bürgerinnen sind Besitzer dieser Ehrenamtskarte.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Eine Frage des Abgeordneten Junge.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben zum Ehrenamt schon einiges ausgeführt. Bei der Feuerwehr sprechen wir von Ehrendienst, und auch hier ist das Vereinswesen in Rheinland-Pfalz perspektivisch erheblichen Problemen ausgesetzt, Stichworte Überalterung, Nachwuchssorgen, demografisch bedingte Substanzverluste gerade auf den Leitungsebenen. Wie beurteilen Sie, Frau Ministerpräsidentin, vor diesem Hintergrund den Vorschlag, durch Rentenpunkte gezielt Anerkennung für ehrenamtliche Aktivitäten gerade für die jüngere Generation zu setzen, und wie werben Sie dafür, oder wie wollen Sie das umsetzen, wenn Sie denn daran denken?

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Zum einen ist es wichtig zu sagen, dass wir unter anderem im Bereich der Feuerwehr Herausforderungen haben, aber trotzdem die Anzahl der ehrenamtlich Tätigen in Rheinland-Pfalz halten – das ist schon ein großer Erfolg –, weil der Innenminister ständig im engen Kontakt auch mit dem Landesfeuerwehrverband steht und Initiativen ergreift, um das zu ermöglichen.

Das Zweite ist die Debatte, ob man Ehrenamt dadurch wertschätzen soll, dass man Rentenpunkte ermöglicht. Die führen wir schon sehr, sehr lange. Ich persönlich bin der Auffassung, dass das schön wäre, aber aus meiner Sicht nicht zu realisieren ist und man an dieser Stelle ehrlich sein sollte.

Ehrenamt ist auch Ehrenamt und freiwilliges Engagement, weil es eben nicht vergütet wird, egal auf welcher Ebene. Wir werden es uns als Gesellschaft auf Dauer gar nicht leisten können, dass wir dort auf irgendeine Art und Weise sozusagen ein Entgelt einführen.

Darüber hinaus würden gar nicht alle Ehrenamtler davon profitieren können, weil nicht alle Ehrenamtler, nicht alle Menschen in unserer Gesellschaft gesetzlich rentenversichert sind. Auch das ist eine Problematik, die eine Schieflage in das Ehrenamt bringen würde.

Ich glaube auch, dass man den Menschen ehrlich sagen muss,

(Glocke des Präsidenten)

das Rentensystem ist kompliziert genug, und wir müssen deutlich machen, freiwilliges Engagement ist freiwilliges Engagement. Wir können es wertschätzen, ehren, wir können uns vieles einfallen lassen, aber Rentenpunkte, das ist ein bisschen zu viel der Herausforderung für die gesamte Gesellschaft.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Gibt es weitere Fragen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Damit ist die Befragung der Ministerpräsidentin beendet. Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD, der FDP und
des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Ich rufe **Punkt 19** der Tagesordnung auf:

Solaroffensive für Rheinland-Pfalz

Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksachen 17/10187/10534/10693 –

Für die antragstellenden Fraktionen spricht der Abgeordnete Hartenfels.

Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sprechen heute über die Große Anfrage meiner grünen Fraktion zum Thema „Solaroffensive für Rheinland-Pfalz“.

(Unruhe im Haus –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Hendrik Hering:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist einfach zu laut. Es mag einen Redebedarf geben. Aber wir kommen jetzt bitte zu einem Geräuschpegel, bei dem es möglich ist, dass Herr Hartenfels seine Rede halten kann.

Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie etwas ruhiger sind, kann ich weiterreden. Wir besprechen die Große Anfrage meiner Fraktion zur Solaroffensive für Rheinland-Pfalz.

Wenn man sich die Zahlen anschaut, kann man vorneweg konstatieren, dass die Nutzung der Sonnenenergie, der Solarkraft, in Rheinland-Pfalz ein Erfolgsmodell ist, an dem viele Bürgerinnen und Bürger mitgewirkt haben. Nehmen wir die Zahl der Dachanlagen. Wir haben inzwischen über 100.000 PV-Anlagen auf den Dächern in Rheinland-Pfalz. Exakt sind es 105.000. Damit wird eine installierte Leistung von 2,2 GW bereitgestellt. Das ist eine Verfünfachung der Leistung seit dem Jahr 2010. Diese Verfünfachung der Leistung ist im Land Rheinland-Pfalz an verschiedenen Stellen unterschiedlich ausgeprägt.

Ich will zwei Landkreise explizit hervorheben, die Spitzenreiter sind. Das sind die Landkreise Bernkastel-Kues und der Eifelkreis Bitburg-Prüm. Diese beiden Landkreise allein stellen 15 % dieser Leistung bereit. Ich sage einen herzlichen Glückwunsch an die Bürgerinnen und Bürger. Da wird nicht nur viel für den Klimaschutz getan, sondern

auch viel Wertschöpfung für den ländlichen Raum garantiert.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Neben dieser Installation der Dachanlagen ist es wichtig, dass wir zunehmend Speicher produzieren und mit den Dachanlagen installieren. Die Zahlen haben deutlich zugelegt. Inzwischen wird in Rheinland-Pfalz zu jeder vierten PV-Anlage ein Batteriespeicher installiert. Das ist insofern wichtig, weil wir die Sektorenkopplung für die nächsten Jahre vorbereiten wollen. Dabei spielen die Batteriespeicherstände eine wichtige Rolle. Die Frau Ministerpräsidentin hat das Thema indirekt schon über die erfolgreiche Ansiedlung der Produktion von Batteriezellen in Kaiserslautern angesprochen.

Wenn wir die Sektorenkopplung hinbekommen wollen, brauchen wir die Batteriespeicher. Ich nenne das Stichwort Elektromobilität. Die Elektromobilität macht nur Sinn, wenn wir die Fahrzeuge mit erneuerbarem Strom betanken. Deswegen ist es sinnvoll, wenn wir zukünftig als Penderland in Rheinland-Pfalz unsere Tankstelle auf dem eigenen Dach haben und ihn nicht einkaufen müssen. Das wird mittelfristig zu einer deutlichen Entlastung für die Pendlerinnen und Pendler im ländlichen Raum führen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der FDP)

Wir machen also nicht nur Klimaschutz, sondern wir entlasten auch die Bürgerinnen und Bürger.

Was macht die Landesregierung speziell, um diesen Prozess zu beschleunigen, der schon sehr gut unterwegs ist? Zum einen haben wir ein Speicherprogramm aufgelegt. Wir nehmen in den nächsten Jahren 5 Millionen Euro in die Hand, um diese Speichertechnologie nach vorne zu bringen. Was kann man sich darunter vorstellen? Für jede neu installierte PV-Anlage auf dem Dach gibt es für private Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Kommunen die Möglichkeit, sich den Batteriespeicher vom Land mit fördern zu lassen. Davon versprechen wir uns einen deutlichen Anstieg der Ausbauzahlen.

Wir sind von zusätzlich 1.000 Speichern ausgegangen. Die jetzigen Anmeldungen belaufen sich bereits auf 515. Davon sind knapp 50 schon bewilligt worden. Wir werden vermutlich auf deutlich mehr Speicher aufgrund der erfolgreichen Nachfrage der Bürgerinnen und Bürger nach diesem Programm kommen.

Wir haben – auch das war uns wichtig – die PV-Freiflächenanlage auf den Weg gebracht. Hier haben wir die Möglichkeit, sehr günstig PV-Strom im ländlichen Raum zu produzieren. Wir reden hier von Gestehungskosten von 0,05 Euro bis 0,06 Euro. Damit ist die PV inzwischen marktfähig, sogar marktfähiger als viele andere fossile Energieträger. Hier haben die erneuerbaren Energien in dem Bereich den fossilen den Rang abgelaufen.

Wir haben die Leitlinie für Elektromobilität auf den Weg gebracht. Herr Dr. Griese hat gestern dazu Ausführungen gemacht. Das brauche ich an der Stelle nicht zu wiederholen.

Uns ist wichtig – das werden wir bis 2020 realisieren –, ein Solarkataster im Land Rheinland-Pfalz analog zu dem hessischen Vorbild zu erstellen. Das ist eine gute Unterstützung für die Bürgerinnen und Bürger, um sich ein Bild darüber zu verschaffen, ob und in welcher Form ihre Dachanlage geeignet ist, in diese Energieerzeugung einzusteigen.

Zum Schluss mache ich noch ein bis zwei Anmerkungen zu den bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen. Es wäre gut, wenn wir dort Unterstützung hätten. Die haben wir in der Form im Moment leider nicht. Wir haben erfolgreich die 52-GW-Deckel-Debatte in den Bundesrat gebracht. Dieser Deckel muss aufgehoben werden, sonst brauchen wir nicht über den weiteren Ausbau von PV im Land Rheinland-Pfalz zu reden.

(Glocke des Präsidenten)

Wir bräuchten – das ist ein echter Hemmschuh im Solarbereich – für die Eigenstromnutzung und die Direktstromnutzung dringend die Befreiung von der EEG-Umlage, um einen starken Schub nach vorne auszulösen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei SPD und FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Rahm das Wort.

Abg. Andreas Rahm, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Ausbau der Solarenergie ist in den letzten Jahren bundesweit zurückgegangen. Die Hauptschuld daran trägt vor allem die Weichenstellung im Bund, die Zusätze Sonnenstrom, Eigenverbrauch mit der EEG-Umlage, die zurückgehende EEG-Vergütung und die Begrenzung des Ausbaus der Freiflächenanlagen.

Dennoch haben wir in Rheinland-Pfalz unser bis zum Jahr 2020 gestecktes Ziel heute bereits erreicht. Beim Start der Energiewende im Jahr 2011 hatten wir geplant, dass die Solarenergie in Rheinland-Pfalz bis zum Jahr 2020 jährlich 2.000 MW_p Strom liefern würde. Am 30. Juni 2019 betrug die installierte Leistung bereits schon 2.265 MW_p.

Meine Damen und Herren, auch wenn der Ausbau der Solarenergie erfreulicherweise schneller als geplant umgesetzt werden konnte, müssen wir den Ausbau der Photovoltaik weiter vorantreiben. Die Sonne in Rheinland-Pfalz ist eine der wichtigsten erneuerbaren Energiequellen. Wir müssen alles dafür tun, um die Solarenergie noch stärker für die Erzeugung von Strom und Wärme zu nutzen.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Genau deshalb geht Rheinland-Pfalz jetzt in die Offensive. Um den Ausbau von Photovoltaik zu unterstützen, hat die Landesregierung die Solaroffensive gestartet, im Interesse der Energiewende und des Klimaschutzes, aber insbeson-

dere im Interesse der Menschen in Rheinland-Pfalz. Wir unterstützen Privathaushalte und Kommunen dabei, neue Photovoltaikanlagen einzubauen.

Herr Hartenfels hat gesagt, zentraler Baustein ist ein 5-Millionen-Euro-Förderprogramm für Photovoltaikheimspeicher, Gemeindespeicher in den Kommunen, das Privathaushalte, Schulen und kommunale Liegenschaften dabei unterstützen soll, für die Eigenversorgung Solarmodule samt Batteriespeicher zu installieren.

Meine Damen und Herren, die Solaroffensive ist ein wichtiger Baustein auf unserem Weg, in Rheinland-Pfalz bis 2030 die Stromversorgung komplett auf erneuerbare Energien umzustellen. Rund ein Viertel wollen wir dabei mit der Solarenergie decken. Aber wir benötigen dazu bessere gesetzliche Vorgaben. An diesen Forderungen geht diese Plenarsitzung wieder nicht vorbei. Wir haben eine Forderung an die Bundesregierung.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Der Solardeckel aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz hat den Ausbau der Solarenergie, da heißt die Maus keinen Faden ab, zuletzt massiv ausgebremst. Auch dank der Initiative aus Rheinland-Pfalz ist hoffentlich dieser Solardeckel bald verschwunden.

Dennoch bleiben weitere Hürden, die es abzubauen gilt. Wenn wir unser Ziel bis zum Jahr 2030, die Stromversorgung vollständig aus erneuerbaren Energien zu decken, erreichen wollen, muss sich der Ausbau auch in Rheinland-Pfalz auf 8 GW fast vervierfachen. Da sind sich alle Fachleute einig.

(Vereinzelt Beifall bei SPD, FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung enthält einen Prüfauftrag zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Mieterstrommodell. Hier sind Änderungen am Mieterstromgesetz dringend notwendig. Im Trilogverfahren zur Novelle der europäischen Erneuerbare-Energien-Richtlinie im Dezember 2018 wurde vereinbart, die Eigenstromnutzung ebenso wie die Direktstromnutzung aus erneuerbaren Energien zukünftig von allen verpflichtenden Abgaben und Gebühren freizustellen. Genau das brauchen wir, meine Damen und Herren.

Die Bundesregierung muss diese neuen Möglichkeiten zeitnah umsetzen, um netzentlastende dezentrale Energievorhaben nicht länger zu benachteiligen. Auch Rheinland-Pfalz hat bereits 2018 Änderungsbedarfe zum Mieterstrom eingefordert. Das ist neben der Ausweitung der Bezugsgröße für den Mieterstromzuschlag und der Klarstellung des gebäudeübergreifenden Quartierskonzepts eine äußerst wichtige Forderung, meine Damen und Herren.

Überschüssigen Strom aus der Solaranlage sichern, kann ein Batteriespeicher. Nachdem eine bundesweite Förderung dafür ausgelaufen ist, sorgt Rheinland-Pfalz jetzt mit der Solarinitiative dafür, dass Kommunen und private Haushalte nach wie vor Energie in lokalen Batteriespeichern speichern können, um sie dann abzurufen, wenn man sie

benötigt. Dass dies der richtige Weg und ein passender Baustein für die Energiewende ist, belegen die aktuellen Zahlen unserer Energieagentur. Demnach sind bereits über 500 Anträge für neue Photovoltaikanlagen mit zusätzlichen Speichern eingegangen. Das ist ein guter und nachhaltiger Baustein auf dem Weg zur Energiewende gerade in Rheinland-Pfalz.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Wir dürfen Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, Mitglieder der SPD aus dem Wahlkreis 6 – Montabaur und der Verbandsgemeinde Höhr-Grenzhausen. Herzlich willkommen im rheinland-pfälzischen Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich hoffe, Sie haben weiter einen schönen Tag in Mainz.

Wir dürfen weiterhin die Mitglieder des Sportvereins „Alte Herren“ des Sportvereins Müden begrüßen. Herzlich willkommen im rheinland-pfälzischen Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Lohr das Wort. Es ist die erste Rede der neuen Kollegin.

(Beifall im Hause)

Abg. Stephanie Lohr, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Erreichen der Klimaschutzziele und ein erfolgreicher Kohleausstieg werden gewiss nicht ohne den Zubau von weiteren erneuerbaren Energien gehen. Das ist inzwischen unbestritten.

(Vizepräsidentin Astrid Schmitt übernimmt
den Vorsitz)

Die Solarenergie wird es alleine nicht richten können, ist aber ein ganz wesentlicher Baustein auf dem Weg dahin. Insbesondere ist der Ausbau der Dachflächen-Solaranlagen wesentlich akzeptierter als beispielsweise der Ausbau der Windkraft.

In Rheinland-Pfalz ist dafür noch erhebliches Potenzial vorhanden. Insbesondere auf den kommunalen Liegenschaften oder den Liegenschaften des Landes, ob auf den Verwaltungsgebäuden, den Schulen oder den Wirtschaftsbetrieben, ist der Anteil mit 0,3 % am Gesamtausbau noch verhältnismäßig gering.

Mit dem angekündigten Wegfall des 52-KW-Deckels und den Ausbauzielen zur Photovoltaik wurden im Klimaschutzpaket und von der Bundesregierung bereits Weichen gestellt. Ohne Frage sind bei der Schaffung von weiteren geeigneten gesetzlichen Rahmenbedingungen, sei es bei der Vergütungssystematik oder bei der Systemintegration, noch Fragen offen. Hier ist der Bund gefragt.

Ich verstehe auch die Debatte, dass man beim Klimaschutzpaket die Frage stellen kann, ob da nicht mehr drin gewesen wäre. Aber ich glaube, es steht uns als Landesparlament gut an, und es ist auch das, was die Rheinland-Pfälzer von uns erwarten, dass wir uns im Rahmen unserer Entscheidungskompetenzen Maßnahmen überlegen, wie wir den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben können, und uns hier nicht hinter dem Bund verstecken.

(Beifall der CDU)

Mit der Solaroffensive für Rheinland-Pfalz hat die Landesregierung den Ball aufgenommen und, wie zahlreiche andere Bundesländer auch, ein Förderprogramm zum Ausbau von Solarenergie in Verbindung mit Speichern aufgelegt. Das Programm entspricht absolut dem Zeitgeist. Der Ausbau von Speichertechnologie ist ohne Frage sinnvoll, um die Vorteile der Eigenstromversorgung zu nutzen.

Uns allen gefällt die Idee vom smarten Zuhause, zu Hause mit dem Tablet auf dem Sofa zu sitzen, Energieerzeugung und -verbrauch optimal im eigenen Heim zu steuern. Der Ausbau und die Förderung von Speichern bietet in allen Wertschöpfungsstufen neue Geschäftsmodelle. Insbesondere für Projektierer, das Handwerk und die Energieversorger könnte der Ausbau von Speichern in den kommenden Jahren ein echter Jobmotor werden.

(Beifall der CDU)

Eine aktuelle Studie des Bonner Markt- und Forschungsunternehmens EuPD Research schätzt das Potenzial auf 50.000 neue Jobs bis 2030, wenn der Ausbau von PV und Speichern in den kommenden Jahren konsequent verfolgt wird. Vor diesem Hintergrund verdient die Solaroffensive des Landes derzeit nach meiner Auffassung die Begrifflichkeit „Offensive“ noch nicht. Es ist ein erstes solides Maßnahmenpaket, sodass sich auch die Landesregierung hier die Frage stellen muss: Wäre da nicht mehr drin gewesen?

(Beifall der CDU)

Wenn man es mit den Zielen, die Möglichkeiten der Eigenstromversorgung zu nutzen und einen Beitrag zur Versorgungssicherheit zu leisten, ernst meint, wäre es doch nur konsequent, auch Bestandsanlagen zu fördern, wenn diese mit einem Speicher nachgerüstet werden. Das ist technisch möglich und wirtschaftlich definitiv sinnvoll.

(Beifall der CDU –

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein, das geht nicht! –
Abg. Hedi Thelen, CDU: Ja!)

Sie sprechen von 515 bereits gestellten Anträgen. Wir hören, dass die Energieagenturen – was erfreulich ist – momentan scheinbar mit der Bearbeitung gar nicht hinterherkommen.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Falsch!)

Hier bitte ich um Vorsicht; denn das sorgt für Frustration bei den Antragstellern, die mit dem Beginn der Baumaßnahmen warten müssen, bis der Antrag bewilligt ist. Die

Angebote der Handwerker können nicht gehalten werden, der Ausbau wird begrenzt.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Das stimmt doch nicht!)

Auch eine Ausweitung des Adressatenkreises würde den Ausbau vorantreiben. Die Fördermöglichkeiten für Kommunen lesen sich mit 10.000 Euro gut, aber gerade in diesen Tagen gängeln der Landesrechnungshof und die ADD wieder die Kommunen beim Haushalt, und PV-Anlagen und -Speicher sind freiwillige Leistungen. Es bleibt daher abzuwarten, wie viele Kommunen tatsächlich an dem Programm teilnehmen werden.

(Beifall der CDU –

Abg. Simone Huth-Haage, CDU: Eine sehr gute Frage! –
Abg. Hedi Thelen, CDU: Genau so!)

Mir ist vor diesem Hintergrund unklar, warum Bürgergenossenschaften, Wohnungseigentümergeinschaften, kleine und mittelständische Betriebe, das Handwerk und die Landwirtschaft im Speicherprogramm keine Berücksichtigung finden. Andere Bundesländer wie beispielsweise Thüringen oder Nordrhein-Westfalen machen es hier vor.

Gerade für diesen Adressatenkreis ist der Ausbau von Speichern interessant. Er bringt Kapital und Fläche zusammen und zeigt, dass auch größere Flächen und ein größerer Anteil von Bürgerinnen und Bürgern an den Fördermöglichkeiten partizipieren würden, was die Akzeptanz von erneuerbaren Energien fördert.

Weiterhin mangelt es der Solaroffensive momentan an einem Konzept zur Förderung der Solarwirtschaft im Land. Der vergangene Woche vom Institut für Wirtschaftsförderung veröffentlichte „Bundesländervergleich Erneuerbare Energien“ zeigt, dass Rheinland-Pfalz hier erheblichen Nachholbedarf hat. Dort belegt Rheinland-Pfalz in der Kategorie „Anstrengungen zum technologischen und wirtschaftlichen Wandel“ den letzten Platz.

Die Schlusslichtposition erklärt das Institut vor allem bei den Schwächen zur Forschung und Entwicklung und bei den Studiengängen. Wenn also Rheinland-Pfalz an dem Jobpotenzial von 50.000 neuen Jobs bis 2030 teilnehmen will, muss hier in Forschung und Entwicklung sowie die Ausbildung weiter investiert werden.

(Beifall der CDU)

Die Landesregierung sollte daher insgesamt nachbessern beim Solarprogramm, damit dieses auch das Prädikat innovativ, zielführend und offensiv verdient.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Klein.

Abg. Jürgen Klein, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Werte Kollegen, meine Damen und Herren! Im Vorspann zu ihrer Großen Anfrage schreiben die Grünen, Photovoltaik sei einer Studie des Fraunhofer Instituts zufolge bereits heute erschwinglicher als fossile Energieträger. Das stimmt, wenn auch mit vielen Einschränkungen, zu denen ich später noch kommen werde.

Aber was ist die Schlussfolgerung der Grünen aus dieser Feststellung? – Die Schlussfolgerung der GRÜNEN ist, wir brauchen weiter und mehr Förderung für Photovoltaik, weiterhin eine Bevorzugung durch das EEG, darüber hinaus noch eine neue Begünstigung für Mieterstrom und Direktversorgung, dann ein Solarspeicherprogramm der Landesregierung, mehr Möglichkeiten für Freiflächen-Photovoltaik und jede Menge Beratungs- und Informationsangebote durch Grünen-nahe Institutionen wie die Energieagentur Rheinland-Pfalz. Das ist die Meinung der Grünen.

Aber was wäre die Schlussfolgerung eines wirtschaftlich verständigen Menschen? – Genau, die Schlussfolgerung wäre: Wir können die teure Bevorzugung von Photovoltaik endlich beenden. Von jetzt ab kann der Markt allein regeln, wer sich wann und wo eine Photovoltaikanlage installiert.

Sehr geehrte Damen und Herren, von den 30,2 Cent, die ein Haushalt 2019 durchschnittlich für eine Kilowattstunde Strom bezahlt, entfallen 52,8 % auf Steuern, Abgaben und Umlagen: Konzessionsabgabe, EEG-Umlage, KWK-Umlage, Offshore-Netzumlage, Umlage für abschaltbare Lasten und Umlage für § 19 Stromnetzentgeltverordnung, dann Stromsteuer und abschließend die Mehrwertsteuer.

Weitere 23,4 % entfallen auf die staatlich regulierenden Netzentgelte. Auch ihr Anteil ist durch die Energiewende stark gewachsen. Nur 23,8 % des Strompreises entfallen auf Marktpreise für Strombeschaffung, Stromvertrieb und für die Verbrauchsmessung.

Dass Photovoltaik heute eine ernsthaft zu überlegende Investition ist, liegt nicht nur an den gesunkenen Kosten für diese Anlagen und die Batteriespeicher. Es liegt natürlich auch an den hohen Strompreisen für Netzstrom in Deutschland. Das relativiert den Erfolg der Photovoltaik selbst nach 20 Jahren Förderung entscheidend.

Relativieren muss man auch die gesamte positive Kostenentwicklung. Ja, Photovoltaikanlagen sind heute deutlich billiger als vor zehn Jahren. Aber wer sich einmal die von den Grünen zitierte Studie des Fraunhofer Instituts genauer anschaut, wird feststellen: In den sechs Jahren von 2006 bis 2012 fielen die Preise der Anlagen auf weniger als ein Drittel. Seitdem stößt diese Entwicklung aber immer häufiger an die Grenzen. Der Preisverfall hat sich nach 2012 stark verlangsamt. Herstellungsverfahren und Technologie sind ausgereift. Auch in Zukunft sind darum keine großen Sprünge mehr zu erwarten.

Ähnliches erwartet uns auch bei den Batteriespeichern. Die Landesregierung schreibt, dass ihr Preis in den letzten sechs Jahren um 60 % gesunken ist. Aber ein Narr ist, wer diese Entwicklung einfach so in die Zukunft fortschreibt. Es gibt Anzeichen dafür, dass man auch hier immer häufiger

an technologische Grenzen stößt.

Andere bedeutende Einschränkungen der Photovoltaik kann selbst das grüne ideologische Sendungsbewusstsein nicht dauerhaft überdecken. Mit dem Zappelstrom aus Wind und Sonne lässt sich eben nicht die Energieversorgung eines Industrielandes im 21. Jahrhundert decken.

(Beifall der AfD)

Die Grünen fragen in ihrer Großen Anfrage brav nach der installierten Photovoltaikleistung in Rheinland-Pfalz. Es sind 2.265 MW. Das entspricht fast der Leistung von zwei Kernkraftwerken.

Sie fragen aber nicht nach den Volllaststunden der Photovoltaikanlagen; diese sind nämlich nur 980 Stunden von 8.760 Jahresstunden. Also liefert Photovoltaik nur 11 % des installierten möglichen Jahresstroms. Für eine solche Ausbeute landwirtschaftliche Nutzfläche zu vergeuden, ist übrigens viel zu schade. Dagegen vermag ein herkömmliches Kraftwerk 7.700 Volllaststunden zu liefern.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir brauchen keine staatlich verordnete Solarinitiative, wir brauchen dagegen mehr wirtschaftliche Vernunft in der Energiedebatte.

Danke.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Marco Weber.

Abg. Marco Weber, FDP:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Lohr, Sie sind noch nicht allzu lange mit dabei und waren auch bei den letzten Haushaltsberatungen nicht dabei.

Ich habe in Ihrer Rede im Prinzip ein verstecktes Lob an die Ampelkoalition entdeckt, indem Sie darauf hingewiesen haben, dass gerade dieses Förderprogramm so gut angenommen wird, dass Sie befürchten, dass das Programm überlaufen wird. Von daher könnten Sie auch einfach einmal sagen, dass die Ampelkoalition bei den Haushaltsberatungen nicht, wie die CDU-Fraktion, keine guten Vorschläge gemacht hat, sondern dass gerade die Ampelkoalition ein Förderprogramm auf den Weg gebracht hat, welches so eine breite Akzeptanz in Rheinland-Pfalz genießt, dass Sie befürchten, dass es überlaufen wird.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU)

Zum Kollegen Klein: Also, wenn ich schon das Wort „Zappelstrom“ höre, dann muss ich sagen, habe ich gewisse Probleme, Ihnen überhaupt noch zu folgen. Der Hinweis, dass Photovoltaik mittlerweile in Rheinland-Pfalz zwei Kernkraftwerke ersetzt und dass gerade dieses Förderprogramm darauf abzielt, diese Energie durch Batterie-

technologie – – Sie glauben, dass diese Batterietechnologie in ihrer Entwicklung am Ende ist, und das glauben wir eben nicht. Wir glauben, dass gerade die Speichertechnologie in ihrer Entwicklung erst angefangen hat. Gerade in diesem Punkt unterscheidet sich die Ampelkoalition von der Aussage, die Sie in Ihrer Rede getroffen haben. Wenn Sie von „Zappelstrom“ sprechen, dann ist das Politik von gestern oder vorgestern. Lassen Sie sich einmal nicht mehr mit dem Quatsch hier ein.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Dass Sie uns
nicht folgen können, ist ja nichts Neues!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, beim Ausbau der Photovoltaikanlagen ist ein großer Fortschritt in Rheinland-Pfalz zu verzeichnen. Mittlerweile gibt es 104.000 Photovoltaikanlagen in Rheinland-Pfalz, die in Summe 2.265 MW Leistung generieren.

Als ein großes Hemmnis für den weiteren Ausbau der Photovoltaikanlagen wird der Deckel von 52 GW für die Förderung des Ausbaus von Photovoltaikanlagen beschrieben. Gerade auf Initiative des Landes Rheinland-Pfalz im Bundesrat, das sich sehr starkgemacht hat und auch die eine Mehrheit gefunden hat, ist dieser Ausbaudeckel nun nicht mehr vorhanden.

Nicht nur die Erzeugung durch die Einspeisung und Speicherung sind ein wichtiger Bestandteil der Energiewende, sondern auch der Teil der rheinland-pfälzischen Solaroffensive. So klettert die Anzahl von Photovoltaik-Batteriespeichern seit 2015 in Rheinland-Pfalz auf 1.254 in 2019 mit einer Speicherleistung von 6.529 MW.

Diesen Weg wollen und müssen wir weitergehen. Aus diesem Grund haben wir, die Ampelkoalition, im letzten Doppelhaushalt die Grundlage für ein umfassendes Solar-speicherprogramm gelegt. Die Förderung liegt bei 100 Euro pro Kilowatt nutzbarer Speicherkapazität. Dabei ist der Zuschuss auf maximal 1.000 Euro begrenzt.

Wir fördern aber nicht nur private Speicher, sondern auch Gemeindespeicher ab 10 KW mit maximal 10.000 Euro pro Anlage. Für dieses Förderprogramm stehen insgesamt 5 Millionen Euro zur Verfügung.

Zusätzlich möchte ich noch auf das Projekt „Eifel-Pipeline“ im Verbundprojekt Westeifel hinweisen. Dies ist ein vorbildliches Konzept für einen vernünftigen Energiemix. Die Trasse wird nicht nur die Trinkwasserversorgung gewährleisten, sondern auch Biogas, Sonne, Wind und Glasfaser sind in das System eingebunden. Damit wird ebenfalls ein wichtiger Beitrag für die Flexibilisierung der Versorgung gewährleistet.

Abschließend kann ich sagen, wir in Rheinland-Pfalz leisten einen Beitrag. Wir haben bereits große Schritte getan, und daran wollen wir weiterarbeiten.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die Landesregierung spricht Staatssekretär Dr. Griese.

Dr. Thomas Griese, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will zu Beginn darauf hinweisen, dass die Solarenergie inzwischen die kostengünstigste Stromerzeugungsenergiequelle ist, die wir haben. Wir reden inzwischen von Preisen – das kann man immer an den Ausschreibungsergebnissen ablesen – in Höhe von 4 bis 5 Cent pro Kilowattstunde. Man muss daran erinnern, vor zehn Jahren lagen wir nicht bei 4 oder 5 Cent sondern zwischen 40 und 50 Cent. Daran sieht man den Fortschritt, der eingetreten ist – ein Zehntel.

Damit sind, wenn man es zum Beispiel mit neu zu errichtenden Kohlekraftwerken vergleicht, Kohlekraftwerke ungefähr doppelt so teuer. Die Preise liegen bei 7 bis 8 Cent pro Kilowattstunde. Wenn wir es mit den hochsubventionierten geplanten Atomkraftwerken in England vergleichen, da ist von 12 bis 13 Cent die Rede, also das Dreifache. Daran sieht man, dass die Solarenergie inzwischen die kostengünstigste Energieerzeugungsart geworden ist.

Aus diesem Grund haben wir die Solaroffensive gestartet. Ich will mich hier vor allem noch einmal mit dem Förderprogramm beschäftigen, das vorhin ausführlich besprochen worden ist. Ich will mich bei den Koalitionsfraktionen dafür bedanken, dass sie bei den Haushaltsberatungen dafür gesorgt haben, dass wir entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt bekommen haben, um dieses Speicherprogramm auflegen zu können. Damals übrigens hat die CDU gegen dieses Programm, gegen diese Fördermittel gestimmt. Ich hoffe nach dem Beitrag von Frau Abgeordneter Lohr, dass sich das beim nächsten Mal vielleicht ändern wird, dass Sie uns unterstützen werden, dieses Programm noch auszubauen.

Da dabei vom Länderranking die Rede war, will ich hier sagen, dass Rheinland-Pfalz beim Ausbau der erneuerbaren Energien insgesamt in Deutschland einen absolut führenden Platz einnimmt: 50 % der Stromproduktion, die hier stattfindet, stammt inzwischen aus erneuerbaren Quellen. Kaum ein Land hat einen besseren Wert.

Das Solarförderprogramm, Speicherprogramm, das wir in diesem Zusammenhang aufgelegt haben, hat innerhalb kurzer Zeit eine hohe Nachfrage ausgelöst – es ist ja erst seit etwa zwei Monaten überhaupt auf dem Markt – und richtet sich auch an Kommunen. Nun ist vorhin gefragt worden, wie es bei finanzschwachen Kommunen aussähe. Um genau das hinzubekommen, haben wir vorab Gespräche mit dem Landesrechnungshof und mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion mit dem Ergebnis geführt, dass auch für finanzschwache Kommunen die Nutzung dieses Programms möglich sein wird.

Ich will hier klar begründen, dass wir dieses Programm der Batteriespeicherförderung an diejenigen richten, die gleichzeitig auch eine neue Solaranlage bauen; denn wir wollen die Kapazitätsausweitung. Wenn gefragt wird, warum wir nicht auch die vorhandenen Solaranlagen fördern, wenn sie einen zusätzlichen Speicher errichten, dann muss ich

klar sagen, die vorhandenen Anlagen haben in der Vergangenheit die höheren Einspeisevergütungen bekommen. Das ist nun einmal nicht zu vergleichen mit denjenigen, die jetzt neu anfangen. Deswegen konzentrieren wir die knappen Fördermittel auf diejenigen, die neue Anlagen bauen. Auch diejenigen, die Anlagen haben, können von dem Förderprogramm profitieren, wenn sie ihre Kapazität erweitern. Das können sie tun. Dann würden sie für die entsprechenden Speicher die Fördermittel bekommen.

Wir haben insgesamt – es ist gesagt worden – in Rheinland-Pfalz schon jetzt über 100.000 Solaranlagen. Wir haben auch jedes Jahr in der Vergangenheit, letztes Jahr, auch vorletztes Jahr, über 1.000 neue Speicher registrieren können. Wir denken, dass wir mit unserem Programm mindestens 3.000 weitere Speicher voranbringen werden.

Wir glauben, dass die technologische Entwicklung noch lange nicht zu Ende ist. Das kann man an einem Punkt ablesen, der heute Morgen und gestern schon Thema war. Die Batteriezellproduktion, die in Kaiserslautern starten wird, wird genau dafür da sein, dass wir weitere Fortschritte in der Batterieproduktion haben werden. Die wird in der Elektromobilität, aber auch für Solarspeicher genutzt werden.

Wir haben aber nicht nur dieses Förderprogramm aufgelegt, sondern auch die Leitlinie Elektromobilität in der Landesverwaltung. Wir werden unsere eigenen Liegenschaften mit entsprechenden Solaranlagen, Solarcarports ausrüsten und damit unseren Strom selbst erzeugen und verbrauchen.

Wir leisten die Beratung in vielfältiger Weise. Die Energieagentur macht das, die Bürgerenergiegenossenschaften machen das, auch private Organisationen, die wir unterstützen.

Darüber hinaus haben wir durch die Freiflächenverordnung ermöglicht, dass auch Freiflächenanlagen errichtet werden können. Auf diese Art und Weise können etwa jedes Jahr 50 Megawatt in ertragsarmen Grünlandgebieten in benachteiligten Gebieten errichtet werden.

Sie sehen, es ist ein umfangreiches Programm, das wir in Rheinland-Pfalz vorangebracht haben.

Ich will abschließend sagen, ja, wir brauchen auch die entsprechenden bundespolitischen Rahmenbedingungen. Da wäre ich froh, wenn wir gemeinsam in diesem Sinne weiter unterwegs sein könnten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei SPD und FDP)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen uns nicht vor. Damit sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunkts angelangt. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, freue ich mich, dass wir bei uns weitere Gäste begrüßen dürfen. Das sind die Mitglieder des Heimat- und Kulturkreises Fußgönheim e. V. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Wir begrüßen die Mitglieder der SPD des Verbandsgemeinderats Sprendlingen-Gensingen. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

(Beifall im Hause)

Des Weiteren begrüße ich Schülerinnen und Schüler des Geschwister-Scholl-Gymnasiums Ludwigshafen, 10. Jahrgangsstufe, Klasse 10 d. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich rufe **Punkt 20** der Tagesordnung auf:

Schulisches Förderkonzept für Kinder mit Migrationshintergrund

Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksachen 17/9891/10266/10761 –

Wer spricht für die CDU-Fraktion? – Der Kollege Barth, bitte schön.

Abg. Thomas Barth, CDU:

Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Sprache ist der Schlüssel zur Welt, und die Grundschule ist der zentrale Ort jeder schulischen Vermittlung. Hier werden unverzichtbare Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen vermittelt. Ein großes Hemmnis für gelingende Bildung und Teilhabe sind mangelnde deutsche Sprachkenntnisse. Wer kein Deutsch kann, wer nicht schreiben und lesen kann, dem bleiben viele Bereiche von Bildung und damit reale Zukunftschancen in unserem Land verwehrt.

(Beifall bei der CDU)

Das gilt für Kinder mit Migrationshintergrund, aber eben auch für Kinder aus sogenannten bildungsfernen Familien.

In Rheinland-Pfalz ist der Bedarf an Sprachförderung allein an Grundschulen bei rund 22.000 sprachförderbedarffähigen Kindern relativ hoch. Das zeigen die Ergebnisse unserer Großen Anfrage. Weil Sprache und ihre Vermittlung vor allem am Beginn, wenn nicht sogar vor Beginn der Schulzeit das prägendste, das nachhaltigste und wichtigste Werkzeug ist, kann man dieses Thema nicht oft genug zum Gegenstand einer parlamentarischen Debatte machen.

(Beifall der CDU)

Weil es so zentral, von so fundamentaler Wichtigkeit ist, möchte ich zunächst einmal den großen Dank und die Anerkennung der CDU-Fraktion an all die Lehrerinnen und

Lehrer ausdrücken, die jeden Tag mit viel Eifer und Engagement unseren Kindern die Grundlagen des Lernens vermitteln, darüber hinaus in der Schule begleiten und ihnen unsere Sprache beibringen. Unseren Respekt haben sie mehr als verdient, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU sowie der Abg. Helga Lerch, FDP, und Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns mit dieser Anfrage eine neue Erkenntnis erhofft. Wir wollten nachvollziehen,

(Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da kann man einfach fragen!)

ob sich etwas im Vergleich zur letzten Großen Anfrage entwickelt hat. So stellen wir fest, nein, das ist nicht der Fall. Es gibt keine neuen Erkenntnisse.

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Leider nicht überraschend!)

Das, obwohl es in der Vorbemerkung zur Antwort der Regierung heißt: „Die Maßnahmen des rheinland-pfälzischen Sprachförderkonzepts werden kontinuierlich weiterentwickelt

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: In selbstloser Hingabe!)

und an (...) Bedarfen der Schülerinnen und Schüler ausgerichtet.“ Das darf man wohl zu Recht bezweifeln; denn setzt man die Zahl der Kinder mit Förderbedarf ins Verhältnis zu den tatsächlich dafür bereitgestellten Lehrerwochenstunden, dann zeigt sich, dass es in Rheinland-Pfalz keine Sprachförderung gibt, die sich am tatsächlichen Förderbedarf der Kinder ausrichtet.

(Beifall der CDU)

Hinzu kommt, die Höhe der zugewiesenen Lehrerwochenstunden für Sprachförderung ist insgesamt gesehen völlig unabhängig von den von den Schulen beantragten Stunden und von der Gesamtzahl der Kinder mit Förderbedarf. Wo es an vereinzelten Standorten erhöhten Bedarf an Stunden gibt, werden diese nicht vollends zugewiesen. Das heißt, es ist kein System erkennbar, inwieweit die von der Schule beantragten Förderstunden mit denen von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion zugewiesenen korrelieren.

(Beifall bei der CDU –
Abg. Martin Brandl, CDU: So ist es!)

Auffällig ist auch, dass kreisfreie Städte einerseits und Landkreise andererseits mit einer vergleichbaren Schülerschaft sehr unterschiedlich mit Sprachförderstunden bedacht werden, die Zuweisung also in keinem Zusammenhang mit den Anforderungen dieser Kinder steht. Ein Beispiel nur einmal aus dem Bereich der Grundschulen. Vergleicht man die Ergebnisse der Großen Anfrage für das Schuljahr 2017/2018 und jetzt für das Schuljahr 2018/2019, so ergibt sich dort ein Plus von 4,17 % an mehr beantragten Lehrerwochenstunden und gleichzeitig ein Minus von 1 % an weniger bereitgestellten Lehrerwochenstunden,

(Abg. Martin Brandl, CDU: Ah ja, spannend!)

und das, obwohl 2019 insgesamt mehr Geld in das System gegeben worden ist. Liebe Landesregierung, das müssen Sie uns einmal erklären. Das sieht für uns zu sehr nach Business as usual aus. Das kann aber nicht die Maxime sein; denn Weiterentwicklung bedeutet eben nicht Business as usual.

(Beifall bei der CDU)

Mit dieser Haltung jedenfalls kann eine gezielte individuelle bedarfsgerechte Sprachförderung nicht gelingen. Bedenken wir auch, Sprachförderstunden finden immer on top statt, das heißt, es sind Schulstunden, die zusätzlich zu den regulären Stunden erbracht werden.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wäre es nicht einmal einer ernsthaften Überlegung wert, die Lehrkräfte an den Schulen ein Stück weit zu entlasten?

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Doch!)

Schließlich sorgen Aufgaben wie Sprachförderung für eine Mehrbelastung, die zu einer Überlastung führen kann. Die im letzten Bildungsausschuss thematisierten Überlastungsanzeigen haben das eindrücklich belegt.

(Beifall der CDU –
Abg. Martin Brandl, CDU: Genau so ist es!)

Wir sind daher der Meinung, dass noch mehr in die vor-schulische Spracherziehung zu investieren ist, indem hier landesweit Standards neu definiert und gesetzt werden.

(Abg. Anke Beilstein, CDU: Ja!)

Ich sage Standards und keine Empfehlungen; denn was wir vor der Schule in der Kita als Sprachdefizite von Kindern erkennen, auffangen und korrigieren können, das ist unbestritten, das sparen wir uns später in der Schule, das kann als finanzieller Aufwand dort eingespart werden und die Personalressourcen entsprechend entlasten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind uns doch alle einig, dass die altersangemessene Sprachkompetenz eine wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Schulstart ist. Um angehende Erstklässler fit für die Schule zu machen, fordert die CDU-Landtagsfraktion verpflichtende und aussagekräftige Sprachstandstests für alle vierjährigen Kinder. Nur dann haben wir ausreichend Zeit, um auf bestehende Sprachdefizite gezielt reagieren zu können und Schulanfängern gute Startchancen zu ermöglichen. Ich bin mir sicher, dass dadurch Defizite, die wir derzeit bei Viertklässlern, bei Abgängern – ich muss die Zahlen nicht wiederholen, sie sind Ihnen allen bekannt –, beim Lesen, Schreiben und Rechnen haben, dann auch deutlich geringer ausfallen werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ein gutes Beispiel ist Berlin. Dort dokumentieren die Er-

zieherinnen und Erzieher in der Kita von Anfang an den Sprachstand ihrer Schützlinge, und 15 Monate vor der Einschulung wird dieser Sprachstand dann abgeglichen mit einer altersgerechten Sprachstandsmatrix. Wenn dann festgestellt wird, dass das Kind in diese Matrix hineinpasst, ist es in Ordnung. Wenn festgestellt wird, es passt nicht hinein, wird ein Sprachförderbedarf angemeldet, der auch verpflichtend von dem Kind wahrzunehmen ist. Wenn das Kind keine Kita besucht, ist auch dann der Sprachstandsfeststellungstest verpflichtend, und die Fördermaßnahmen müssen angenommen werden.

(Beifall bei der CDU –
Abg. Hedi Thelen, CDU: Es geht!)

Meine Damen und Herren, alle Kinder haben das Recht, ordentlich lesen und schreiben zu lernen. Dafür haben wir als Land die Rahmenbedingungen zu schaffen, und dafür muss das Land ohne Wenn und Aber Sorge tragen. Das geht aber nur, wenn wir die Probleme frühzeitig erkennen und diese zielgerichteter und frühzeitiger als jetzt – ich sage nicht, dass nichts getan wird – angehen. Ein einfaches „Weiter so“ reicht nicht. Wir als CDU machen uns stark für neue Standards; denn das haben unsere Kinder verdient, nicht mehr und nicht weniger.

Erlauben Sie mir am Ende einen kleinen Schlenker. Die allereinfachste Sprachförderung, die keinen einzigen Cent kostet, aber für große Sicherheit, Nachhaltigkeit und Wirksamkeit zumindest beim Erwerb der rezeptiven und produktiven Schriftkompetenz, Schreibkompetenz sorgt,

(Glocke der Präsidentin)

ist die landesweite verbindliche Untersagung der Phantommethode Lesen durch Schreiben. Glauben Sie mir, damit können wir spätere Sprachförderung einsparen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU –
Zurufe des Abg. Martin Brandl, CDU, und
der Abg. Bettina Brück und Giorgina
Kazungu-Haß, SPD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Giorgina Kazungu-Haß.

Abg. Giorgina Kazungu-Haß, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich auf Ihrer Homepage Ihre Pressemeldung zum Thema suche, dann finde ich ein Kind, das sich die Augen zuhält. Vielleicht ist das jetzt ein guter Moment, um Ihre Augen zu öffnen.

(Beifall der SPD, des Abg. Dr. Bernhard
Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und
der Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP)

Wir sprechen heute nicht zum ersten Mal über die Sprachförderung im Land. Ich war schon ein bisschen verwundert darüber, dass Sie eine fast wortgleiche Große Anfrage

gestellt haben. Herr Barth hat uns eben aufgeklärt, es ging also um Controlling.

Uns geht es ums Gestalten von Politik. Das geht über die bloßen Zahlen natürlich ein Stück weit hinaus. Deswegen möchte ich mich jetzt tatsächlich auf zwei Punkte konzentrieren, die inhaltlichen Charakter haben. Der erste Punkt, Sie haben es eben angesprochen, ist die Forderung nach Sprachstandserhebungen in der Kita. Der zweite Punkt ist die Frage der Einrichtung und Organisation von Deutsch-Intensivkursen.

Ich möchte gerne zum ersten Punkt Folgendes sagen: Herr Kollege Baldauf ist jetzt leider nicht da, aber er hat ziemlich öffentlichkeitswirksam diese Sprachstandstests ins Gespräch gebracht,

(Zuruf von der SPD: Und ist durchgefallen!)

dabei aber geflissentlich unter den Tisch fallen lassen, dass wir in Rheinland-Pfalz natürlich solche Sprachstandserhebungen haben.

Auf der einen Seite ist da SISMIK – Sprachverhalten und Interesse an Sprache bei Migrantenkindern in Kitas –, also ein Verfahren, das Kinder mit Migrationshintergrund anspricht. Das ist ein Verfahren, das sich diese Situation nicht synchron an einem Tag betrachtet, sondern die Kinder über einen langen Zeitraum begleitet und mit Beobachtung und Diagnose arbeitet.

Auf der anderen Seite gibt es SELDAK – diese Kinder haben Sie übrigens gar nicht erwähnt –,

(Zuruf des Abg. Thomas Barth, CDU)

da geht es um die Sprachentwicklung bei deutschsprachig aufgewachsenen Kindern. Die müssen wir auch in den Blick nehmen. Das vergessen Sie immer; denn es geht uns immer darum, dass jedes Kind in Rheinland-Pfalz das Recht auf individuelle Förderung hat. Das ist Teil des Schulgesetzes, deshalb wundere ich mich immer, dass sie dabei so wenig komplex an diese Fragestellung herangehen.

(Zuruf von der CDU: Sie haben nicht
zugehört!)

Das eine Auge ist jetzt vielleicht schon auf. Sie sehen, wir tun da schon etwas.

(Beifall bei SPD, und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und der Abg. Cornelia
Willius-Senzer, FDP –
Heiterkeit und Zuruf des Abg. Alexander
Schweitzer, SPD: Sehr gut, Giorgina!)

Dann habe ich mir viele Gedanken zur Frage der Deutsch-Intensivkurse gemacht, weil Sie immer wieder infrage stellen, ob der Weg, den wir in Rheinland-Pfalz gehen und den wir als Ampelkoalition tragen, der richtige ist. Der Erwerb der deutschen Sprache steht meistens im Zentrum jeglicher Integrationsdebatten. Dafür gibt es gute Gründe, weil man Sprache braucht, um Teilhabe überhaupt leben zu können. Deswegen bin ich da auch dabei. Ich glaube aber, dass das sehr viel zu kurz gesprungen ist.

Brauchen wir nicht einen Raum, in dem Zuwanderer schnell Kontakt mit unseren Werten, Traditionen, unserer Kultur und mit uns selbst bekommen? Ihre dauerhafte Kritik an unserem integrativeren System – wir würden keinen richtigen Deutschunterricht organisieren, das ist immer so ein bisschen der Unterton –, ist für mich nichts weiter als eine Chimäre. Das ist eine Vorstellung, die vor allen Dingen nur bei Ihnen besteht.

Wenn man sich das genauer anschaut: Beispielsweise ist eine Schülerin in der Sekundarstufe I von 30 Regelstunden 20 Stunden in einem Deutsch-Intensivkurs. 20 Stunden. Zehn Stunden nutzen wir dann, um im Klassenverband uns und die neue Heimat zu erleben. Bei Grundschülern ist es ungefähr die Hälfte des Deputats; die Hälfte der Zeit sind die im Deutsch-Intensivkurs.

Ich kann einfach nicht erkennen, was daran falsch sein soll. Es erschließt sich mir einfach nicht; denn zugewanderte Kinder sollen möglichst schnell mit unseren Werten, unseren Traditionen, unserer Kultur und schlussendlich mit uns selbst in Kontakt kommen. Darum geht es in unserem Konzept.

Ihr Konzept ist nicht durchdacht. Ihre Forderungen sind nicht durchdacht. Ich sage Ihnen auch warum. Wesentliche Bestandteile von Integration werden ausgeblendet. Ich möchte keine Parallelgesellschaften in unserem Land. Ich möchte eine möglichst schnelle Integration.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Joachim Paul, AfD: Wir haben doch
schon Parallelgesellschaften! Das haben
wir doch schon! –
Weitere Zurufe von der AfD)

Diese Parallelgesellschaften gefährden nämlich dann tatsächlich auch unsere Sicherheit. Gehen Sie noch einmal in sich und überlegen Sie, ob dieses Konzept wirklich trägt.

(Unruhe bei der AfD)

Zum Schluss möchte ich tatsächlich noch eine ganz wichtige Zahl nennen. Es werden 30 Millionen Euro im Jahr in die Sprachförderung investiert. Dieser Betrag ist gleich geblieben, obwohl die Zahl der Zuwanderer und Geflüchteten gesunken ist.

(Abg. Matthias Joa, AfD: Nein, die steigt
immer weiter!)

Sie ist trotzdem konstant geblieben, immer noch 30 Millionen Euro. Davon sind 6 Millionen Euro gedacht, um weitere Stunden hinzuzufügen, falls während des Schuljahrs mehr Bedarf entsteht.

Ich finde, diese Zahlen sprechen für sich.

Danke schön.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Frisch.

Abg. Michael Frisch, AfD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sprache ist der Schlüssel zur Welt. Das war schon vor mehr als 200 Jahren Wilhelm von Humboldt, einer der großen Persönlichkeiten der deutschen Kultur- und Bildungsgeschichte, bewusst.

Nur wer die Sprache seiner Mitmenschen beherrscht, ist in der Lage, Beziehungen zu knüpfen, an der Gesellschaft teilzuhaben und sich so weiterzuentwickeln. Deshalb ist es besorgniserregend, was die vorliegende Große Anfrage der CDU-Fraktion zu Tage bringt.

An vielen Schulen gibt es erhebliche Probleme mit mangelnden Sprachkenntnissen und Integration. Leider ist dieses Erkenntnis weder neu, noch führt sie zur Umkehr in einer völlig aus dem Ruder gelaufenen Einwanderungspolitik. Es geht immer weiter. Warnungen werden überhört oder wegmodernisiert, getreu dem Motto „Wir schaffen das“.

Schon Anfang 2016 hat der niederländische Soziologe und Sozialdemokrat Paul Schäfer in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung festgestellt – ich zitiere –: „Die Zuwanderung der vergangenen Jahrzehnte in die Bundesrepublik war ja nicht unbedingt eine Erfolgsgeschichte. Sogar die Integration eines Teils der zweiten und dritten Zuwanderergeneration ist problematisch. Woher nimmt [Frau] Merkel ihren Optimismus, dass dies nun anders wird?“

(Abg. Martin Brandl, CDU: Aus dem
christlichen Menschenbild! –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Ach! –
Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD: Ach!)

Wenn wir heute über die Notwendigkeit einer intensiven Sprachförderung an unseren Schulen sprechen, dann sind demnach gleich zwei Gruppen vorrangig davon betroffen:

(Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

Zum einen die schon länger hier lebenden Schüler mit Migrationshintergrund, bei denen oft bereits die Großeltern nach Deutschland kamen und die aufgrund einer gescheiterten Integration trotzdem gravierende sprachliche Mängel aufweisen.

(Zuruf des Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Zum anderen sind es die Asylbewerber, von denen in Rheinland-Pfalz rund 11.000 im schulpflichtigen Alter sind.

Welche Herausforderungen damit für unsere Schulen verbunden sind, machen die Antworten auf die Große Anfrage deutlich. Die mangelnden Deutschkenntnisse der zugewanderten Kinder schlagen sich nicht nur auf deren Leistungen nieder, sondern können den Fortschritt einer ganzen Lerngruppe beeinträchtigen.

Die Grundschule Gräfenau in Ludwigshafen ist da nur die Spitze des Eisbergs. 94 % aller Schüler haben einen Migra-

tionshintergrund, 96 % davon einen Sprachförderbedarf. Wie hier der schulische Bildungsauftrag erfüllt werden soll, erschließt sich uns nicht. Daher können wir den von der Landesregierung diesbezüglich zur Schau getragenen Optimismus in keiner Weise teilen.

Wir haben auch kein Verständnis dafür, dass angesichts solcher Herausforderungen weiter in dieser Intensität in die Förderung des Herkunftssprachenunterrichts investiert wird.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Sehr gut!)

117 Vollzeitstellen für einen Unterricht, der zu 50 % in türkischer Sprache abgehalten wird, sind nicht nur ökonomisch fragwürdig, sie sind auch ein falsches Signal.

(Beifall der AfD)

Wer wie die überwiegende Mehrheit der Türken schon sehr lange in Deutschland lebt, braucht keinen Herkunftssprachenunterricht mehr. Auch für Kinder mit Migrationshintergrund, die über eine Bleibeperspektive verfügen, darf nicht das Erlernen der Sprache ihrer Eltern oder Großeltern im Fokus stehen. Gerade in einer Situation, in der wir zunehmend ethnische und religiöse Abschottung erleben, hat es oberste Priorität, sich schnellstmöglich die deutsche Sprache anzueignen.

Unsere Forderung lautet daher: keine Begünstigung von Parallelwelten, dafür mehr kommunikative Integration und mehr Zukunftschancen, Herkunftssprachenunterricht allenfalls für Schüler ohne Bleibeperspektive. Und wir erneuern unsere Forderung „Deutsch vor Regelunterricht“, die wir bereits im Februar 2018 in einem Antrag eingebracht haben.

Dass dies der richtige Weg ist, bestätigen uns Rückmeldungen, die wir von weiterführenden Schulen erhalten.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Die würde ich gerne mal
sehen!)

Die Probleme werden dort klar erkannt: Schüler mit Migrationshintergrund, die selbst nach zwei Jahren noch nicht über die Deutschkenntnisse verfügen, um im Regelunterricht erfolgreich sein können. Werden sie trotzdem im normalen Unterricht geschult, führt das zu deutlicher Überforderung und großer Frustration.

Angesichts der vielen Migrationsschüler, die selbst an unseren weiterführenden Schulen Sprachförderung benötigen, muss sich die Bildungsministerin schon fragen lassen, ob sie es wirklich für sinnvoll hält, sprachliche Defizite über viele Schuljahre hinweg mitzuschleifen und so den Lernerfolg massiv zu beeinträchtigen. Mit einer solchen Herangehensweise schafft man keine Chancengerechtigkeit, sondern beschädigt Bildungskarrieren.

(Beifall der AfD)

Nur wenn von Anfang an ausreichende Deutschkenntnisse vorliegen, ist ein hochwertiger Unterricht möglich, auf den alle Kinder einen Anspruch haben, auch diejenigen ohne

Migrationshintergrund.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir zum Schluss einen letzten, aber nicht weniger wichtigen Hinweis. Das Bildungsministerium stellt inzwischen über 40 Millionen Euro für die Sprachförderung in den Haushalt ein. Doch nicht einmal das reicht aus, wie die Große Anfrage deutlich zeigt. Anstatt aber jetzt nach noch mehr Steuergeld zu rufen, sollten wir auch die Adressaten dieser Maßnahmen stärker in die Pflicht nehmen.

Ist es wirklich inhuman, wenn wir von vor Jahrzehnten zugewanderten Familien erwarten, dass sie sich der Verantwortung für ihre Kinder bewusst sind und dem Erlernen der deutschen Sprache einen höheren Stellenwert einräumen? Muss wirklich alles an die Aufnahmegesellschaft, an den Staat und damit letztlich an den Steuerzahler delegiert werden?

Wir sehen hier schon eine Bringschuld seitens der schon länger hier lebenden Einwanderer, die wir mehr als bisher einfordern sollten, so wie es andere Staaten ganz selbstverständlich tun.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, geschieht dies nicht, wird Integration auch dann nicht nachhaltig gelingen,

(Glocke der Präsidentin)

wenn wir unsere Anstrengungen weiter erhöhen.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die FDP-Fraktion spricht die Abgeordnete Helga Lerch.

Abg. Helga Lerch, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Frisch, ich möchte zunächst auf einige Dinge eingehen, die Sie erwähnt haben.

Ja, wir haben in Ludwigshafen eine Brennpunktschule. Es ist die größte Grundschule in Rheinland-Pfalz, und sie ist siebenzügig. Die Zahlen, die Sie genannt haben, sind korrekt. Ich möchte noch eine Zahl ergänzen. Ich habe nämlich erfahren, dass es dort auch ein Kind gibt, das keine Sprache hat. Ich wusste gar nicht, was das ist. Das Kind ist von Lager zu Lager geschickt worden und konnte sich nicht artikulieren. Es konnte keine Sprache erlernen.

Jetzt kann man – das ist der Unterschied zu Ihnen, Herr Frisch – natürlich den Kopf in den Sand stecken und sagen, das ist alles ganz furchtbar. Aber ich habe bei meinem Besuch dort auch erfahren, dass die Staatsphilharmonie in unmittelbarer Nachbarschaft zu dieser Grundschule ist. Sie macht Kurse für Kinder an dieser Schule, um die Integration zu verstärken.

(Beifall der FDP, der SPD, der CDU und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD:
Großartig! Großartig!)

Das ist ein super Beispiel, dass Integration gelingen kann. Ich möchte dem neuen Intendanten Beat Fehlmann ausdrücklich danken, dass er diesen Ansatz verfolgt und damit auch diesen Kindern eine große Chance ermöglicht.

(Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Dann sind ja
alle Probleme gelöst! –

Abg. Michael Frisch, AfD: Ja, richtig! Gut! –

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Wo ist da der
Widerspruch?)

Ich möchte nun zum Thema der Großen Anfrage kommen. Die schulische Unterstützungskultur in Rheinland-Pfalz basiert auf mehreren Säulen. Dazu gehört neben der Sprachförderung – zu der ich dann noch kommen werde – zuallererst eine vertrauensvolle Schulkultur, die auf einem Wertekanon beruht. Diese Form des Umgangs, die auf einem von Toleranz geprägten Miteinander aufbaut, ist fundamental für jede Art von Förderung. Deshalb habe ich dieses Beispiel am Anfang erwähnt.

Erst wenn gewährleistet ist, dass bei aller Unterschiedlichkeit und Vielfalt unserer Schülerinnen und Schüler ein friedliches und von Verantwortung geprägtes Miteinander aller an Schule beteiligten Gruppen gepflegt wird, dann wird auch Förderung gelingen. Das ist die Voraussetzung. Darauf aufbauend hat jede Schule Förderstufen zu etablieren und insbesondere die im Schulgesetz verankerte individuelle Förderung auf der Grundlage von Förderplänen umzusetzen.

Eine weitere Form der Unterstützung ist zum Beispiel im Rahmen der Ganztagschule möglich, um unterschiedliche Potenziale der Schülerinnen und Schüler zu entwickeln und auszubauen.

In besonderen Fällen – das wissen wir alle – werden auch Schulsozialarbeiter und Schulpsychologen tätig. Meine Damen und Herren, all das ist schulisches Fördern. Wer dabei nur an Sprachförderung oder Sprachvermittlung denkt, der denkt zu kurz.

Gleichwohl spielt Sprache bei allen Schülerinnen und Schülern eine ganz zentrale Rolle. Es werden Unterstützungsmaßnahmen für jene Schülerinnen und Schüler angeboten, die Schwierigkeiten haben, dem Unterricht zu folgen oder sich kommunikativ zu artikulieren. Das gilt auch bereits in der Kita. Ich möchte noch einmal an das neue Kita-Gesetz erinnern, das im Jahr 2021 in Kraft treten wird. Wir haben hier ein Sozialraumbudget, das dann genau diese Förderbedarfe abdecken sollte.

Wenn wir nun unser Augenmerk auf die Schülerinnen und Schüler richten, die einen Migrationshintergrund haben, möchte ich eine Definition der KMK heranziehen. Wenn mindestens ein Merkmal erfüllt ist, geht man von einem Migrationshintergrund aus: keine deutsche Staatsangehörigkeit, nicht deutsches Geburtsland, nicht deutsche Verkehrssprache, zum Beispiel in der Familie.

Hier greifen nun mehrere Maßnahmen: die Deutsch-

Intensivkurse auch schon in den Kitas, zwei- bis vierstündige Sprachfördermaßnahmen je nach Bedarf, Feriensprachkurse und Hausaufgabenhilfe. – Insgesamt hat das Land seine Mittel in den vergangenen Jahren angepasst, und für das Jahr 2020 werden es 41,5 Millionen Euro sein.

Zum Schluss möchte ich auch die Stärkung der Herkunftssprache thematisieren, die uns in diesem Plenum erst kürzlich beschäftigt hat. Ich zitiere dazu aus der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage – Zitat –: „(...) Mehrsprachigkeit ist eine bedeutende Ressource und bietet jungen Menschen Chancen und Vorteile in ihrer Biografie.“ Das unterstützen wir vollumfänglich.

Mein letzter Satz. Ich halte fest: Das schulische Förderkonzept für Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz, auch für solche mit Migrationshintergrund,

(Glocke der Präsidentin)

ist vielfältig, ausgewogen und basiert auf einem Wertekonzept der Toleranz und Vielfalt.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abgeordnete Daniel Köbler.

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Barth, ich weiß nicht, wann Sie das letzte Mal in einer Kita oder Grundschule waren.

(Abg. Thomas Barth, CDU: Jeden Tag! –
Abg. Martin Brandl, CDU: Er ist Lehrer! –
Abg. Hedi Thelen, CDU: Das war schon
einmal ein Rohrkrepierer!)

Ich war heute Morgen an einer Grundschule in einer 2. Klasse. Wir haben Pfefferkuchenmännchen gebastelt. Ich kann Ihnen nur sagen, das, was die Lehrkräfte da jeden Tag machen, wie die mit den Kindern arbeiten – ich kenne das aus eigener Anschauung –, ist absolut hervorragend und wirklich ganz toll. Dafür meinen herzlichen Dank.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und FDP)

Der Beitrag der CDU zum Thema „Bildungspolitik“ war heute eher die Generation Nachhilfe.

(Unruhe bei der CDU)

Sie müssen sich schon entscheiden. Auf der einen Seite sagen Sie, dass in Rheinland-Pfalz 22.000 Kinder Sprachförderung bekommen. Das sind übrigens knapp 16 % der Kinder im Grundschulbereich. Das sei viel zu viel. Auf der anderen Seite sagen Sie dann drei Sätze später, dass wir eigentlich viel zu wenig tun. Ich finde es gut, dass es eine individuelle Förderung für alle Kinder gibt, die die

brauchen. Das sind nicht immer nur die, die man vielleicht als allererste im Blick hat. Es sind nicht nur Kinder aus Flüchtlingsfamilien, es sind nicht nur Kinder aus Migrationsfamilien, sondern es gibt auch sehr viele Kinder, die diese Hintergründe im Elternhaus nicht haben, aber die dennoch einen individuellen Sprachförderbedarf haben. Es ist gut, dass auf den eingegangen wird.

Dann fordern Sie Sprachstandserhebungen an unseren Kitas. Die gibt es doch schon längst. Wir haben eine Sprachstandserhebung, eine Sprachstandsdokumentation zu jedem einzelnen Kind an unseren Kitas. Herr Barth, an anderer Stelle betont die CDU immer, wie erfolgreich Bayern in der Bildungspolitik sei. Bei diesen Sprachstandserhebungen orientiert man sich an dem Modell des Bayerischen Staatsinstituts für Frühpädagogik. Das ist also durchaus eine qualitätsvolle Sprachstandserhebung, die schon sehr, sehr früh eine individuelle Sprachförderung dort möglich macht, wo sie notwendig ist.

Dann haben Sie angesprochen, es müsste Tests und Überprüfungen bei Kindern geben, die nicht in der Kita waren und in die Grundschule kommen. Zum einen sei Ihnen einmal gesagt, dass das dank der Beitragsfreiheit der Kitas nicht einmal 1 % unserer Kinder in Rheinland-Pfalz betrifft. Das ist ein großer Erfolg der Bildungspolitik dieser Landesregierung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Zum anderen muss ich Ihnen aber die Grundschulordnung vorlesen. Da steht in § 11 ganz eindeutig, dass Kinder, die nicht den Kindergarten besucht haben, sehr wohl eine Sprachstandserhebung an der Grundschule machen müssen. Wenn sie die Entwicklung für die Schulfähigkeit nicht haben, dann wird eine Sprachförderung, ein Kita-Besuch empfohlen. Die Schule ist nach unserer Schulordnung sogar in der Lage, den im Zweifel anzuordnen.

Sie müssen also schon, wenn Sie sich hier vorne hinstellen und über Bildungspolitik reden, vorher Ihre Hausaufgaben erledigen, liebe CDU.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und FDP)

Das Einzige, was Sie kritisiert haben, ist, dass die gute Sprachförderung, die wir individuell an den Schulen und in den Kindergärten in Rheinland-Pfalz machen, noch stärker erfolgen sollte. Das war der Hauptkritikpunkt Ihrer Ausführungen. Ich denke, das ist von der Opposition schon fast ein Lob.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Da haben Sie
nicht zugehört!)

Wir haben die unterschiedlichsten Maßnahmen, wie Deutsch-Intensivkurse und Sprachfördermaßnahmen. Ich will das gerne im Einzelnen ausführen. Wir haben darüber hinaus im Integrationsbereich Feriensprachkurse, die wir noch einmal deutlich aufgestockt haben, die Hausaufgabenhilfe und den so wichtigen Herkunftssprachenunterricht für die Kinder, die eine andere Muttersprache als die deutsche Sprache haben, damit sie dann mit Deutsch als Zweitsprache darauf aufbauend Deutsch lernen können.

Herr Frisch von der AfD meldet sich. Ich weiß, dass er das nie verstehen wird.

All das zeigt, ja, es ist ein ganz wesentlicher Punkt. Sprache ist der Schlüssel zur Bildung, da haben Sie vollkommen recht. Deswegen gibt es auch kaum etwas Wichtigeres als die Sprachförderung, die wir machen.

Das Ergebnis können Sie aber anhand des Bildungsmonitors 2019 feststellen. Rheinland-Pfalz ist laut Bildungsmonitor im Bildungsbereich Spitzenreiter bei der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, und wir sind die Besten, wenn es darum geht, Bildungsergebnisse von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Dieses Ergebnis ist für uns Ansporn, daran noch weiter zu arbeiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und FDP)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen zwei Wortmeldungen für Kurzinterventionen vor. Zunächst ist der Kollege Barth an der Reihe. Dann folgt der Kollege Frisch.

Abg. Thomas Barth, CDU:

Liebe Herr Köbler, weil Sie mir indirekt vorgeworfen haben, ich würde von Dingen erzählen, von denen ich keine Ahnung habe, will ich eine Sache klarstellen: Wenn wir zwei uns hier vorne über Bildung streiten, ist es gut, dass wir das tun. Das machen wir aber aus völlig verschiedenen Sichtweisen. Da sind wir ziemlich unterschiedlich. Während Sie hier vorne beim Thema „Bildung“ aus den Tiefen der bildungsideologischen Theorien philosophieren, bin ich jemand, der aus den Weiten der bildungspragmatischen Praxis berichten kann. Das gilt für mich ebenso wie für die Kollegin Lerch. Das will ich einmal gesagt haben.

(Beifall der CDU –
Zuruf von der CDU: Sehr gut! –
Zuruf der Abg. Georgina Kazungu-Haß,
SPD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Jetzt hat der Abgeordnete der AfD-Fraktion Frisch das Wort.

(Unruhe im Hause)

Herr Frisch, beginnen Sie bitte!

Abg. Michael Frisch, AfD:

Herr Kollege Köbler, ich sehe meine Aufgabe nicht darin, die CDU-Fraktion zu verteidigen, aber das, was Sie festgestellt haben, ist so nicht zutreffend. Sie beschreiben es als Widerspruch, einerseits einen steigenden Bedarf an Sprachförderung zu beklagen und andererseits zu fordern, man müsse mehr in dieser Sache tun. Ich halte das keineswegs für einen Widerspruch. Man kann doch zunächst

einmal kritisch anmerken, dass wir immer mehr Bedarf bei den Schülern haben.

Dafür, dass das so ist, ist insbesondere eine grüne Politik mit verantwortlich bzw. eine Politik, die von nahezu allen etablierten Parteien getragen wird, nämlich einmal in Bezug auf die Einwanderung – die hat uns diese Problematik letzten Endes beschert – und zum anderen im Hinblick auf eine verfehlte Familienpolitik, die immer weniger Zeit von Eltern und Kindern in der Familie ermöglicht. Da wird dann natürlich auch Sprache nicht mehr in dem Maße gelernt und vermittelt, wie das notwendig wäre.

(Beifall der AfD –
Zurufe der Abg. Kathrin Anklam-Trapp und
Alexander Schweitzer, SPD)

Das heißt, Sie haben diese Probleme in unserem Land wesentlich mit verursacht.

Jetzt kommen wir zum zweiten Punkt. Natürlich können wir nicht die Kinder darunter leiden lassen. Deshalb kann man beides tun. Man kann sagen, es ist fatal, dass hier eine Entwicklung gefördert worden ist, die dazu führt, dass wir immer mehr Sprachdefizite haben. Den Kindern wollen wir aber natürlich in dieser Situation helfen. Deshalb müssen wir punktuell mehr dafür tun, damit sie trotz dieser Probleme, für die Sie mit verantwortlich sind, Gelegenheit haben, die Sprache ausreichend zu lernen.

(Beifall der AfD)

Allerdings – das ist dann vielleicht der Unterschied zur CDU-Fraktion – sind wir der Auffassung, dass es nicht damit getan ist, einfach nur mehr Geld ins Systems zu geben, sondern man muss das auch richtig und klug machen.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Entschuldigung, Herr Frisch, Sie wissen, dass Sie auf Herrn Köbler antworten müssen.

Abg. Michael Frisch, AfD:

Ja, Frau Präsidentin.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Ich sage Ihnen das noch einmal im Hinblick auf die Geschäftsordnung. Eine Kurzintervention kann sich immer nur auf den Vorredner beziehen.

(Zurufe von der AfD)

– Auf den Vorredner Köbler.

Herr Köbler hat die Gelegenheit für eine Erwiderung.

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrter Kollege

Barth, ich weiß, Sie sind Lehrer. Ich würde niemals Ihre pädagogische Kompetenz infrage stellen. Das ist gar nicht der Punkt. Ich erwarte aber schon, dass Sie dann, wenn Sie hier Forderungen erheben, vorher einmal die Grundschulordnung lesen und nicht etwas fordern, was es nach unserer Grundschulordnung schon längst gibt.

Sie haben mir vorgeworfen, ich hätte irgendwie die falsche Perspektive auf die Dinge. Das ist Ihr gutes Recht. Ich will Ihnen nur sagen, was meine Perspektive ist, wenn wir über Bildungspolitik reden. Zuallererst gilt es doch, die Perspektive der Kinder und Jugendlichen einzunehmen, die unsere Zukunft sind und für die wir die ganze Bildungspolitik machen. Das ist die Perspektive, von der ich aus versuche, unsere Position in der Bildungspolitik hier darzustellen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Ich erteile der fraktionslosen Abgeordneten Bublies-Leifert das Wort.

Abg. Gabriele Bublies-Leifert, fraktionslos:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! In der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion heißt es: Ebenso wichtig wie das Erlernen der deutschen Sprache sei zum Beispiel die Stärkung der Herkunftssprache; denn Mehrsprachigkeit sei eine bedeutende Ressource. – Das ist natürlich richtig und unterstützenswert.

Bekannt ist seit Langem, Kinder mit Migrationshintergrund haben es mit Barrieren auf den unterschiedlichsten Ebenen schulischer Bildung zu tun. Indem jedoch frühzeitig Begabungen erkannt und gefördert werden, können gleichzeitig diese Barrieren überwunden und Benachteiligungen schon im Ansatz vermieden werden. Die Voraussetzungen hierbei sind natürlich, dass Migrantenkinder ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache möglichst früh erwerben können und dieses natürlich auch mit Nachdruck tun sollten.

Fakt ist jedoch, dass wir hierfür eine große Anzahl speziell ausgebildeter Lehrkräfte brauchen, die ihrer Leistung entsprechend entlohnt werden müssen, und zwar in einer Festanstellung. Speziell in Rheinland-Pfalz werden junge Lehrerinnen und Lehrer nämlich zunächst vor allem als Vertretungskräfte eingestellt.

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Das
haben wir doch geändert!)

– Wir haben aber trotzdem die Fluktuation in andere Bundesländer.

In diesem Zusammenhang sollte außerdem zum einen ein ganz klarer Augenmerk auf Kinder von Zuwanderern gelegt werden, die seit mehreren Generationen in Deutschland leben, aber in deren Elternhaus bislang kaum Deutsch gesprochen wird sowie in dem der Kontakt zu Kindern anderer Nationalitäten oft eher gering ist und in dem die Teilnahme an der vorschulischen Sprachförderung gar nicht

oder nur sporadisch stattfindet. Solche Maßnahmen verhindern nämlich die weitere Bildung migrantischer Ghettos.

Zum anderen gibt es dann auch die Schüler mit Migrationshintergrund, die als Seiteneinsteiger ohne jegliche deutsche Sprachkenntnisse – zumeist sogar während des laufenden Schuljahrs – direkt aus ihrem Heimatland an unsere Schulen kommen, die sich irgendwie zurechtfinden und sogar erstaunlich gut mit der Situation klarkommen. Hier möchte ich eine Erfolgsgeschichte erwähnen. Das sind nämlich die chinesischen Familien im Kreis Birkenfeld, deren Kinder und Jugendliche fast ohne Kenntnisse der deutschen Sprache nach Deutschland kommen und innerhalb kurzer Zeit sogar ein Einser-Abitur ablegen.

Beide Sachverhalte sind jedoch grundsätzlich für alle Beteiligten hoch problematisch und verlangen jeweils eine sehr flexible Handhabung der unterschiedlichsten Fördermaßnahmen. Darüber hinaus stellt sich bei dieser breit gefächerten Gemengelage dezidiert die Frage, wie viele unterschiedlichen Nationalitäten von zu fördernden Kindern wir in Rheinland-Pfalz überhaupt haben. Dies erfordert nämlich speziell eine zusätzliche Einstellung von entsprechend qualifizierten Sprachlehrern/Dolmetschern aus den unterschiedlichsten Ländern bzw. mit den unterschiedlichsten Sprachausbildungen.

(Glocke der Präsidentin)

Ich komme zum Ende. Ich plädiere mit Nachdruck dafür, dass nicht die zusätzliche Stärkung der Muttersprache im Vordergrund der pädagogischen Maßnahmen stehen sollte, sondern personell und finanziell gefördert primär verstärkt das Erlernen der deutschen Sprache. Dieses ist der Schlüssel zu weiterer beruflicher Karriere und Integration.

Danke.

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die Landesregierung spricht Staatssekretär Beckmann.

Hans Beckmann, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Barth, ich bin bei dieser Debatte froh, dass ich Lehrer bin und dazu noch ein paar Sätze sagen kann.

(Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

Herr Barth, Sie haben am Anfang Ihrer Rede gesagt, Sie wundern sich, dass es keine neuen Erkenntnisse gibt. Wenn Sie mich vorher gefragt hätten, ob Sie mit Ihrer zweiten Großen Anfrage neue Erkenntnisse erzielen können, hätte ich Ihnen die Frage leicht beantworten können:

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Hans, sehr gut!)

Nein, Herr Barth, weil Sie gar keine neuen Erkenntnisse hören wollen. Es geht Ihnen nämlich um etwas ganz anderes.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht Ihnen darum, unser Sprachförderkonzept schlechtzureden. Deswegen konnten Sie auch keine neuen Erkenntnisse bekommen.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Vielleicht braucht man es gar nicht schlechtzureden, sondern es ist schlecht!)

Meine Damen und Herren, ich brauche nicht noch einmal im Detail darauf einzugehen, wie wichtig die Sprache zur Integration ist. Das haben alle meine Vorredner gesagt. Ich bin Frau Lerch, Herrn Köbler und Frau Kazungu-Haß dankbar, dass sie unser Sprachförderkonzept noch einmal vorgestellt haben.

(Abg. Anke Beilstein, CDU: Welches Konzept?)

– Wir haben ein ganz breit gefächertes Konzept.

Ich will aber noch einmal auf eine Sache hinweisen, weil das hier kontrovers diskutiert wird, und das ist die Bedeutung des Herkunftssprachenunterrichts. Wir sind froh, dass wir den Herkunftssprachenunterricht haben, nicht nur, weil die Mehrsprachigkeit für das weitere Leben und das Fortkommen der Schülerinnen und Schüler wichtig ist, sondern ich erinnere auch an die Debatte von gestern, meine Damen und Herren. Aus meiner Sicht ist der Herkunftssprachenunterricht auch identitätsstiftend. Das ist ganz wichtig.

(Beifall der Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP)

Ich will etwas zu den Ressourcen sagen, weil hier so getan wird, als ob das alles nichts wäre. Meine Damen und Herren, wir reden über das Schuljahr 2018/2019. Wir haben im Schuljahr 2018/2019 insgesamt

(Unruhe im Hause – Glocke der Präsidentin)

570 Vollzeitlehrereinheiten für die Sprachförderung eingesetzt. Bei den allgemeinbildenden Schulen sind es rund 500 Vollzeitlehrereinheiten und bei den berufsbildenden Schulen rund 70 Vollzeitlehrereinheiten. Das nur, um einmal die Größenordnung darzustellen. Ich finde, das ist schon etwas Besonderes. Bei den allgemeinbildenden Schulen – ich sage es noch einmal – kommen diese Stunden zu der normalen Stundenzuweisung dazu.

Jetzt haben wir auch verschiedentlich gehört, wie es in Ludwigshafen aussieht. Das machen Sie immer. Sie greifen sich irgendwelche Orte heraus. Nur, damit Sie das auch einmal hören: In der Stadt Ludwigshafen waren im Schuljahr 2018/2019 21 Vollzeitlehrereinheiten zusätzlich nur für Sprachförderung eingesetzt. Ich denke, das ist schon bemerkenswert.

Herr Barth, Sie haben angesprochen – das hat im Übrigen auch Herr Brandl schon im Februar gemacht –, diese Zuweisung sei nicht bedarfsgerecht. Sie haben gesagt, wir müssten dafür sorgen, dass für jeden Schüler ein gleicher Stundenanteil vorgesehen wird. Meine Damen und Her-

ren, erklären Sie es uns. Sie haben dann gesagt, was wir machen, sei das Gießkannenprinzip. Dabei ist doch genau das Gegenteil der Fall. Ihre Methode ist das Gießkannenprinzip. Wir wollen eine bedarfsgerechte Zuweisung, und deswegen müssen wir schauen, wo der Bedarf ist, und dahin müssen wir die Stunden geben.

Weil Sie immer mit Negativbeispielen argumentieren, will ich am Ende meiner Ausführungen einmal ein paar positive Beispiele nennen, meine Damen und Herren.

Ich war vor wenigen Wochen im Rahmen der Wochen der Realschulen plus an der Lina-Pfaff-Realschule plus in Kaiserslautern. Dort habe ich die Schülersprecherin kennengelernt. Die ist vor vier Jahren nach Deutschland gekommen und kann perfekt Deutsch. Das ist das eine. Meine Damen und Herren, Sie hat Verantwortung für sich und für ihre Mitschülerinnen und Mitschüler übernommen, also genau das getan, was wir wollen. Das finde ich wirklich bemerkenswert.

Ein zweites Beispiel: Jedes Jahr machen am Auguste-Viktoria-Gymnasium in Trier zwei bis drei Schülerinnen und Schüler ihr Abitur, die nur kurze Zeit in Deutschland sind, meine Damen und Herren. Auch das finde ich bemerkenswert.

(Beifall der Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP)

Aus dem Bereich der berufsbildenden Schulen – das haben Sie vielleicht vor einigen Wochen gesehen – war ein junger Mann – ich meine, er kam aus Afghanistan – in Kaiserslautern. Der war wenige Monate in Deutschland, war im Berufsvorbereitungsjahr, ist danach an das berufliche Gymnasium gewechselt und hat nach drei Jahren ein tolles Abitur hingelegt.

Das sind tolle Beispiele, und auf diesem Weg wollen wir bei der Sprachförderung weitergehen, meine Damen und Herren.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegen zwei Kurzinterventionen vor. Einmal die des Kollegen Brandl und dann die des Kollegen Dr. Bollinger.

Zunächst Herr Kollege Brandl.

Abg. Martin Brandl, CDU:

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Staatssekretär, ich will noch einmal auf den Punkt eingehen, Sie hätten uns sagen können, dass es keine neuen Erkenntnisse gibt.

Genau das ist aber das Grundproblem dieser Landesregierung, insbesondere im Bildungsbereich, und im Hochschulbereich ist es absolut identisch: Sie verweigern sich diesen Realitäten, die durchweg festgestellt worden sind

und die wir an der Stelle mit Zahlen eindeutig belegen und beweisen können. Die Erkenntnisprobleme, die es an der Stelle gibt, sind Ihre und nicht die der Opposition.

(Beifall bei der CDU)

Weil Sie sagen, die Stunden werden bedarfsgerecht zugewiesen: Diese Statistik zeigt eindeutig, dass es Schulen gibt, die ähnliche Sprachförderbedarfe angemeldet haben, die ähnliche Zahlen an Schülern haben, die tatsächlich einer Förderung bedürfen und die grundlegend verschiedene Stundenzuweisungen erhalten. Grundlegend verschiedene Stundenzuweisungen!

(Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP: Die melden das doch an!)

Meine Damen und Herren, das hat nichts mit Förderung zu tun, wie sie notwendig wäre, sondern das hat mit Willkür der Schulaufsicht zu tun, und das ist nicht so, wie es für die Schüler notwendig wäre.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb will ich an der Stelle noch einmal klarstellen und betonen – deshalb haben wir diese zweite Anfrage noch einmal gestellt, und Sie können sich darauf einstellen, wir werden die Anfrage im nächsten Jahr noch einmal stellen, da können Sie sicher sein –,

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Fragen stellen könnt Ihr, das haben wir heute gemerkt! –

Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Bis Ihr die Frage verstanden habt!)

das zentrale Problem, das wir in dieser Anfrage erkennen, ist, dass die Landesregierung ihre Probleme nicht wahrhaben will. Sie will die Probleme nicht erkennen.

Sie wischt es weg, dass wir Probleme beim Lesen- und Schreibenlernen und beim Beheben der Sprachdefizite der Schüler haben. Wenn man nicht bereit ist, diese Erkenntnis tatsächlich zu verinnerlichen und zu sagen, da ändern wir etwas, dann wird es so weitergehen, dann werden wir die Probleme, dass ein Drittel der Kinder nicht richtig lesen und schreiben kann, nicht beheben.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Die wollen die gar nicht beheben!)

Das ist letztendlich Ihr politischer Fehler, den Sie schon 30 Jahre lang im Bildungsministerium begehen.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Zu einer weiteren Kurzintervention hat sich der Abgeordnete Dr. Bollinger gemeldet.

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Staatssekretär, Sie haben eben auf positive Beispiele hingewiesen. Das begrüßen wir sehr, und wir sind der Meinung, dass es mehr

positive Beispiele geben könnte und sollte, wenn man eine bessere Sprachförderung vornehmen würde, wie wir sie vorgeschlagen haben.

Was dazu aus unserer Sicht nicht beitragen wird oder nicht dazu beiträgt, ist Unterricht in den Herkunftssprachen. Da ist mir Ihre Anmerkung eben aufgefallen, dass Sie sagten, Unterricht in den Herkunftssprachen stärke Identität.

Ja, aber, Herr Staatssekretär, welche Identität stärkt das denn?

(Abg. Michael Frisch, AfD: So ist es!)

Wir möchten doch, dass junge Menschen, die einen Migrationshintergrund haben, sich als Teil unserer Gesellschaft und als Deutsche fühlen und nicht andere Identitäten gestärkt werden. Wir möchten, dass sich ein junger Mensch, der einen türkischen Hintergrund hat und hier aufwächst, als Deutscher fühlt und nicht Herrn Erdogan als seinen Präsidenten sieht,

(Abg. Michael Frisch, AfD: So ist das!)

sondern dass er sich unserem Land zugehörig fühlt. Vielleicht können Sie das noch einmal erläutern.

Danke sehr.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Die Gelegenheit zur Erwiderung hat der Staatssekretär Beckmann.

Hans Beckmann, Staatssekretär:

Herr Bollinger, ich glaube, zur Identität habe ich das Notwendige gesagt. Ich verweise auch auf die Debatte gestern. Mehr will ich zu dieser Diskussion eigentlich nicht sagen.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Das ist jetzt aber schwach!)

Herr Brandl, ich würde die Große Anfrage an Ihrer Stelle auch wieder auf Wiedervorlage legen. Damit rechnen wir schon.

Meine Damen und Herren, ich würde aber – Sie haben es angesprochen – auch noch einmal etwas richtigstellen. Sie haben jetzt wieder gesagt, ein Drittel der Schülerinnen und Schüler in der Grundschule kann nicht schreiben.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Nicht richtig lesen und schreiben!)

Im IQB-Bildungstrend 2016 haben 23,4 % der Schülerinnen und Schüler den Mindeststandard in Orthographie nicht erreicht. Das ist weniger als ein Drittel, aber immer noch zu viel. Da sind wir uns einig.

(Zurufe der Abg. Martin Brandl, CDU, und Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ja, aber das ist Ihre Interpretation. Ich habe gestern dar-

auf hingewiesen: Lassen Sie uns, wenn wir über diese Studien reden, differenziert damit beschäftigen und nicht einfach Zahlen in die Welt setzen, die sich bei den Menschen festsetzen. Das wird der Bedeutung dieser Frage nicht gerecht.

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Herr Brandl, damit, dass Sie unser Sprachförderkonzept nicht gut finden,

(Abg. Anke Beilstein, CDU: Welches Konzept?)

müssen wir leben.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Wir finden die Zuweisungen nicht sachgerecht!)

Wir sind davon überzeugt – das haben auch die Vorredner der regierungstragenden Fraktionen gesagt –, dass unser Sprachförderkonzept differenziert ist und die Schülerinnen und Schüler, die zu uns kommen, davon profitieren.

Wir werden diesen Weg weitergehen, und an der Stelle, an der wir unser Sprachförderkonzept weiterentwickeln wollen, werden wir das auch tun.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Weitere Wortmeldungen liegen uns nicht mehr vor. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Bevor ich den letzten Tagesordnungspunkt aufrufe, freue ich mich, dass wir weitere Gäste bei uns im Landtag begrüßen dürfen. Das sind einmal Jugendliche aus dem Wahlkreis 44 – Kaiserslautern II. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Genauso herzlich willkommen sind die Mitglieder der CDU Ehlscheid, die AH-Singers des DJK Fernthal und

(Beifall im Hause)

Mitglieder der Frauen Union Kreis Neuwied.

(Beifall im Hause)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe **Punkt 21** der Tagesordnung auf:

Arbeitsmarktintegration von Deutschen, Ausländern und Flüchtlingen in Rheinland-Pfalz

Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der AfD und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der AfD

– Drucksachen 17/10202/10533/10756 –

Eine Grundredezeit von 5 Minuten ist vereinbart. Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Joa.

Abg. Matthias Joa, AfD:

Geehrte Präsidentin, liebe Kollegen! Nach über zehn Jahren brummender Konjunktur haben wir uns in Deutschland und in Rheinland-Pfalz an niedrige Arbeitslosenquoten gewöhnt. Zumindest den offiziellen Statistiken nach herrscht Rekordbeschäftigung.

Trotzdem gibt der Bund über 150 Milliarden Euro und damit 41 % des gesamten Bundesetats des Jahres 2020 für Arbeit und Soziales aus. Wie kann das sein? Welche Zukunft erwartet uns, wenn es so weitergeht?

Die Generation der Babyboomer verabschiedet sich in den nächsten Jahren in die verdiente Rente. Dies belastet die Folgegenerationen; denn die Jungen müssen zum einen die absehbare Sozialkostenexplosion einer alternden Gesellschaft finanzieren und zum anderen den jetzt schon bestehenden Fachkräftemangel auffangen.

Mit Schuld daran ist auch die stetige Abwanderung hoch qualifizierter und gut ausgebildeter Menschen ins Ausland. Viele Einheimische sind nicht länger dazu bereit, erdrückende Steuern und Abgaben zu bezahlen oder sich mit unterdurchschnittlichen Löhnen abspeisen zu lassen. Sie suchen Zukunftsperspektiven im Ausland.

Dies belegt auch die kürzlich erschienene German Emigration and Remigration Panel Study (GERPS-Studie) des Statistischen Bundesamts, nach der in den letzten zehn Jahren 1,8 Millionen junge Menschen, die unsere Volkswirtschaft dringend gebraucht hätte, abgewandert sind.

Wer allen Ernstes glaubt, die Zukunftsprobleme unseres Landes – Fachkräftemangel und Sozialkostenexplosion – durch Zuwanderung kompensieren zu können, der irrt sich gewaltig. Für echte ausländische Fachkräfte ist der deutsche Arbeitsmarkt nicht attraktiv genug. Hieran wird auch das viel gepriesene Fachkräftezuwanderungsgesetz nichts ändern.

Tatsächlich erwartet uns eine Fortsetzung einer weitgehend ungesteuerten und geringqualifizierten Migration im Stile der vergangenen fünf Jahre, die uns weder die ersehnten Fachkräfte bringen konnte, noch zu einer nachhaltigen Entlastung der Sozialkassen hat beitragen können.

Dies belegen auch die Zahlen, die unsere Fraktion als Antwort auf unsere Große Anfrage von der Landesregierung erhalten hat. Die Arbeitslosenquote bei Asylzuwanderern ist zehnmal so hoch wie die bei der einheimischen Bevölkerung.

Zwei Drittel der Schutzberechtigten leben teilweise schon seit vielen Jahren von staatlichen Sozialleistungen. Bei Syrern sind es ganze 83 %. Diejenigen, die tatsächlich Arbeit gefunden haben, sind überwiegend im Niedriglohnssektor beschäftigt und müssen häufig aufstocken. Seit dem Jahr 2015 hat sich die Zahl der Asilmigranten im SGB II-Bezug um 400 % auf rund 48.000 Personen in Rheinland-Pfalz erhöht. Die Kosten der öffentlichen Hand dürften mehr als 340 Millionen Euro betragen, Tendenz steigend. Dazu kommen noch 140 Millionen Euro für die Asylbewerberleistungen. Also in der Summe sind es knapp

eine halbe Milliarde Euro, dies nur für die Steuerzahler in Rheinland-Pfalz. Man muss sagen, der Spurwechsel ins SGB II-System klappt leider mustergültig.

(Beifall der AfD)

Wir beobachten seit Jahren, übrigens auch aus der EU, eine stetige Armutszuwanderung bei den Sozialkassen. Die Menschen reagieren, welches Wunder, auf Anreize. Natürlich gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen übergroßzügigen Sozialleistungen und hohen Asylzuwanderungszahlen, wie gerade die Princeton-Studie am Beispiel Dänemark zeigt.

Während uns also die gut ausgebildeten Menschen in Scharen davonlaufen, strömen Massen von Geringqualifizierten und Analphabeten ins Land. Von der Landesregierung werden diese noch exklusiv beschult. Es handelt sich bei diesen speziellen Kursen um – ich zitiere – bedarfsgerechte und niedrigschwellige Angebote für lernungsgewohnte Personen. Meine Damen und Herren, beschönigender könnte man das Fachkräftemärchen im Land wohl kaum beschreiben.

(Beifall der AfD –

Abg. Hedi Thelen, CDU: Sie sind ganz schön zynisch!)

Die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit sprechen für Rheinland-Pfalz eine klare Sprache, wenn es um die Frage der Arbeitsmarkteignung und Zugereisten geht. 86 % – ich wiederhole: 86 % – aller arbeitssuchenden Asylzuwanderer haben keine anerkannte Ausbildung. Mehr als die Hälfte kann nicht einmal einen Schulabschluss nachweisen. Dementsprechend hoch ist auch die Nichtbestehensquote beim offiziellen Sprachtest des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge.

Meine Damen und Herren, es ist unbestritten, es ist unsere humanitäre Pflicht, wirklich schutzbedürftigen Menschen auch Schutz zu gewähren. Aber erstens ist es nicht die Aufgabe des asylgewährenden Staates, Erwachsenen Lesen und Schreiben beizubringen; denn Integration, auch die Arbeitsmarktintegration, ist eine Bringschuld der Zuwanderer.

Zweitens ist und bleibt Asyl Hilfe auf Zeit. Anhaltende Sozialmigration mit dauernder Aufenthaltsverfestigung, wie sie sich einige Parteien in diesem Haus geradezu herbeisehnen, bedeuten faktisch ein hohes Risiko für den Sozialstaat. Das sagen nicht nur wir. Das sagt auch der ehemalige Wirtschaftsweisen Hans-Werner Sinn. Die Sozialkassen wurden und werden von fleißig arbeitenden Menschen in unserem Land gefüllt. Sie werden von unverantwortlichen Politikern, die sich zu allem Überfluss noch das Soziale auf die Parteifahne geschrieben haben, geleert.

(Beifall der AfD –

Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Das ist unfassbar!)

Wer die eigenen Bürger sehenden Auges um die Früchte ihrer Arbeit bringt,

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Was ein Quatsch!)

um sich selbst und andere zu bereichern, der handelt schlichtweg einfach unsozial.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die regierungstragenden Fraktion spricht Abgeordneter Sven Teuber.

Abg. Sven Teuber, SPD:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Präsidentin! Das war das beste Beispiel dafür, dass Lernen nichts mit Herkunft, sondern nur mit Willen und Intelligenz zu tun hat. Einige haben das offensichtlich nicht.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Ich zeige Ihnen mit Erlaubnis der Präsidentin einmal ein Bild.

(Der Redner hebt ein Tablet, auf dem eine rot eingefärbte Deutschlandkarte zu sehen ist, in die Höhe)

Das ist leider nicht das Wahlergebnis der SPD bei der letzten Bundestagswahl, aber es zeigt ein wenig die Dramatik, die wir im Bereich der Altenpflege, über die wir immer wieder in diesem Hohen Haus sprechen, haben. Das zeigt eindeutig, der Fachkräftemangel in der gesamten Bundesrepublik Deutschland ist längst vorhanden. Ich könnte Ihnen anhand dieser Statistiken der Bundesagentur für Arbeit noch viele andere Karten und viele andere Bereiche – auch für Heizungs- und Klimatechnik – zeigen, bei denen wir gar nicht über Studienpunkte reden, sondern über Ausbildungsberufe, und bei denen der Fachkräftemangel in unserer Bundesrepublik überall im Land angekommen ist.

Wir haben gleichzeitig die große Herausforderung, diesen Fachkräftemangel zu stemmen, um mit den Unternehmen, den Kammern und den Gewerkschaften unsere Infrastruktur und unser Leben überall, ob in der Stadt oder im ländlichen Raum, weiterhin auf einem solchen hohen Niveau wie bisher zu ermöglichen. Dazu trägt Migration bei. Es hängt, was ich gerade gesagt habe, auch vom Lernen, vom Willen und von der Intelligenz ab, was offensichtlich nicht bei allen in diesem Hohen Haus vorhanden ist. Das ist in dem Zusammenhang an Zahlen zu belegen.

Wenn Sie davon sprechen, dass die Asylbewerberinnen und Asylbewerber hauptsächlich zulasten unserer Staatskassen leben, dann muss man doch einmal genauer in die Antwort auf die Große Anfrage hineinschauen. Ich stelle mir schon die Frage: Wofür stellt man denn eine Große Anfrage, wenn man die Antworten schon vorher weiß? Man braucht nicht Verwaltung und Staatskasse damit belasten. Das sind auch Steuergelder von Bürgerinnen und Bürgern, die Sie damit belasten, dass Sie offensichtlich Fragen stellen, zu denen Sie ohnehin die Antwort schon längst kennen.

Jetzt wollen wir uns aber einmal anschauen, wie die Fakten sind. Wenn Sie sagen, der Anstieg ist so groß, dann muss man deutlich machen, mehr als 60 % bekommen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz weniger Leistungen als das noch vor vier Jahren der Fall war.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Das ist doch klar!)

Mehr als 60 % weniger: Das heißt, in dem Zusammenhang muss man gleichzeitig noch einmal sagen

(Zurufe von der AfD)

– hören Sie ruhig zu, Zuhören ist wichtig, um auch lernen zu können –,

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die Erwerbstätigkeit ist bei den Asylbewerberinnen und Asylbewerbern um 21 % jährlich gestiegen. Diese Werte können Sie in anderen Bereichen suchen gehen. Gleichzeitig muss man sagen, mindestens 80 % der Asylbewerberinnen und Asylbewerber sind trotz der Traumata, die sie erlebt haben, hoch motiviert, sich zu integrieren, die Sprache zu lernen und einen Arbeitsplatz zu finden;

(Abg. Uwe Junge, AfD: Wunschkvorstellung!)

denn 30 % sind bereits auf dem ersten Arbeitsmarkt aktiv und 50 % sind in Maßnahmen, die dazu beitragen, sie fit für die Arbeit zu machen. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Kammern, Unternehmerinnen und Unternehmern und unserer Landesregierung als Unterstützung sind wir sehr erfolgreich auf dem Weg, ohne bestreiten zu wollen, dass es eine riesige Herausforderung ist, Menschen in unsere Gesellschaft zu integrieren, die von heute auf morgen aufgrund von Fluchtursachen wie Krieg oder Verfolgung ihre gewohnte Heimat verlassen mussten.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Zum Teil!)

Wenn wir immer wieder davon hören, dass wir von Vertriebenenverbänden etc. reden und von deren Leid vor Jahrzehnten sprechen, dann müssen wir gleiche Maßstäbe an diese Menschen anlegen, die durch unsere Wirtschaftspolitik in manchen Bereichen darunter leiden müssen, dass sie flüchten müssen und gar keine andere Wahl haben. Es ist gleichwohl so, die Große Anfrage zeigt eindeutig, dass wir auf dem richtigen Weg sind und es keine Möglichkeit gibt, die Angstmacherei, die Sie die ganze Zeit bewirken wollen, noch mit Zahlen zu belegen.

Wir werden, egal, wer sich als Demokratinnen und Demokraten diesem Haus angeschlossen fühlt, gern gemeinsam weiter dafür streiten, dass Menschen in diesem Land a) sich wohlfühlen können, b) sich integrieren und an unsere Regeln halten und c) dazu beitragen, dass Fachkräftemangel in der Altenpflege und vielen anderen wichtigen Berufen reduziert wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Hedi Thelen, CDU –
Abg. Michael Frisch, AfD: Genau das funktioniert nicht!)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Zu einer Kurzintervention hat sich Abgeordneter Joa gemeldet.

Abg. Matthias Joa, AfD:

Kollege Teuber, es ist immer wieder dieselbe Platte, die Sie hier abspielen.

(Zurufe von der SPD)

Sie können eines einfach nicht begreifen. Sie sagen, Sie sind Sozialdemokraten und sozial. Dann wissen Sie sicherlich, wie ein Sozialsystem überhaupt funktioniert.

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Ja, hallo!)

Ein Sozialsystem hat Einzahler und hat Auszahler. Wenn ich ein Sozialsystem für alle öffne, dann wird das langfristig nicht funktionieren. Es ist auch nicht sozial für die Menschen, die schon jahrzehntelang in die Sozialsysteme einzahlen.

(Zuruf der Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD)

Es ist unsozial. Deswegen bekommt Ihre Partei auch die Probleme: Die Menschen merken, dass sie hintergangen und die Sozialsysteme regelrecht ausgeplündert werden.

(Beifall der AfD –
Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Das ist doch vollkommen falsch!)

Die mangelhafte Vorbereitung, die Sie gezeigt haben, hat schon Ihre erste Aussage gezeigt. Sie sagen, nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gehen die Ausgaben zurück. Ja klar gehen sie zurück. Warum gehen sie zurück? Weil die Menschen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu solchen nach dem SGB II wechseln. Diese Zahlen explodierten in den letzten Jahren um 400 %. Sie sind für Ihren Vortrag erbärmlich und nicht angemessen vorbereitet gewesen.

(Beifall der AfD)

Noch etwas: Sie haben davon gesprochen, 30 % der Asylbewerber sind mittlerweile in Arbeit. Das stimmt. Ich gehe davon aus, dass der Anteil noch etwas steigt. Was Sie allerdings verschweigen: Wer zahlt denn in Deutschland maßgeblich Steuern und Abgaben? Wer?

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Das sind doch die 30 % Beschäftigten!)

Das sind vor allem die Mittel- und Gutverdiener. Wenn ich, wie viele Asylzuwanderer, im unteren Lohnbereich arbeite, dann zahle ich kaum Steuern und ich zahle kaum Abgaben.

(Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist doch gar nicht schlecht!)

Wir haben das einmal durchgerechnet: Selbst wenn wir bei einer Erwerbsquote von 50 % oder 55 % stehen, dann reichen die Steuern und Abgaben nicht einmal aus, um die Gesundheitskosten zu tragen. Wenn ich noch weitergehe und mir die Overheadkosten ansehe – Schul- und Kitaplätze, öffentliche Infrastruktur, Nahverkehr und alles, was ein Staat anbietet –, dann wird die Rechnung noch negativer. Das heißt, was in den letzten Jahren betrieben wird, ist ein Milliarden- und mittel- und langfristig ein Billionenverlustgeschäft für den Steuerzahler und ein Verlustgeschäft für die Menschen, die die SPD noch immer zu vertreten vorgibt.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD –
Abg. Uwe Junge, AfD: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Ich erteile dem Abgeordneten Teuber das Wort zu Erwiderung.

(Unruhe im Hause)

Abg. Sven Teuber, SPD:

Meine Vorbereitung habe ich auf Weihnachtspapier gemacht. In dem Zusammenhang muss man immer wieder hervorheben – ich finde, das ist ganz schön zu sehen –, welche Grundwerte Sie deutlich machen. Sie reden in vielen Bereichen über die Menschen, ohne dass Sie mit den Menschen reden und die Unternehmen fragen.

Die Unternehmerinnen und Unternehmer in unserem Land haben ein hohes Interesse und sind unter größten Anstrengungen dabei, Menschen mit hohen Hindernissen bei der Integration wirklich in unsere Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu integrieren.

(Zurufe von der AfD)

Wir sind sehr dankbar für die Unternehmerinnen und Unternehmer, die diese Leistungen mit uns gemeinsam tragen.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Wir sind auch dankbar, dass sich diese Menschen bei uns auf diesen harten und schweren Weg machen. Was ist denn Ihre Alternative? Wo ist Ihr Konzept, den Fachkräftemangel zu beheben? Wo ist Ihre Idee, Wirtschaftssteuerung weiter zu betreiben? Wo ist Ihre Idee, und wo ist Ihr Konzept?

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Sie haben keines außer schlechtzureden, schlechtzumachen, Menschen zu diffamieren, in dem Zusammenhang rassistisch zu beschimpfen und nicht einmal anzuerkennen, dass es keine Möglichkeit gibt – –

(Unruhe im Hause)

– Jetzt hören Sie mir zu und nicht ich Ihnen. In dem Zusammenhang ist es so, dass Sie nicht einmal von 2 % der Bevölkerung in unserem Land reden, die das betrifft. Wir reden von 2,3 Millionen Erwerbsfähigen auf der einen Seite und 51.000 auf der anderen Seite. Wir reden damit von 2 % am Gesamtanteil. Diesen Punkt können Sie nicht negieren.

Sie arbeiten die ganze Zeit mit bundespolitischen Zahlen, aber Sie arbeiten nicht einmal mit der Großen Anfrage an die Landesregierung und beschäftigen sich nur mit Ihrer Ideologie, aber nicht mit der Realität, was die Unternehmen und Menschen in diesem Land jeden Tag stemmen, die Unterstützung verdient haben und nicht noch diffamiert werden sollten.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die CDU-Fraktion spricht Abgeordneter Wäschenbach.

Abg. Michael Wäschenbach, CDU:

Es ist schon schwer zu ertragen,

(Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP: Ja!)

vor Weihnachten, dem Fest des Friedens und der Nächstenliebe, solche menschenverachtenden Worte zu hören.

(Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD: Welche?)

Das weise ich mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall der CDU, der SPD, der FDP und
des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erleben heute wieder eine Scheindebatte, eine Steuerdebatte, ja, eine Neiddebatte unter dem Deckmantel einer Arbeitsmarktintegration. Liebe AfD, nennen Sie doch wirklich Ihre Themen beim Namen, führen Sie keine Scheindebatten, und schüren Sie nicht den Neid unter den Menschen.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Ja, es gibt Schwierigkeiten bei der Integration. Die leugnet keiner.

Ja, es gibt Unwuchten zwischen Arbeitsfähigkeit und Arbeitserlaubnis. Ja, wir müssen etwas unternehmen, um Flüchtlinge und Asylbewerber schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der Sie sich permanent verweigern.

(Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN: Ja, genau!)

Ich habe noch keinen Lösungsansatz gehört, wie Sie das bewältigen wollen.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Dabei spielt natürlich die Sprache die absolute Schlüsselrolle. Da sind wir uns alle einig.

Herr Joa, wenn jemand hierherkommt und der Sprache nicht mächtig ist, dann können Sie die Aufgabe nicht ihm zuweisen, sondern es ist auch unsere Aufgabe, ihm die neue Sprache näherzubringen.

Es geht Ihnen also gar nicht um die Integration in den Arbeitsmarkt. Es geht Ihnen doch nur darum, etwas zu kritisieren.

Der 12. Bericht der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung attestiert uns Fortschritte bei der Integration und Zuwanderung. Das ist erfreulich, weil besonders der öffentliche Diskurs häufig von Hass und Hetze bestimmt ist und zum Teil ein anderes Bild vermittelt. Dennoch dürfen unsere Anstrengungen nicht nachlassen. Wir müssen insbesondere bei denen ansetzen, ohne die eine langfristige und erfolgreiche Integration nicht gelingen kann, nämlich bei den Frauen und Kindern.

(Beifall bei der CDU)

Gerade bei ihnen werden sich Investitionen in den Spracherwerb und zur Unterstützung beim Einstieg in den Arbeitsmarkt langfristig auszahlen. Der Bundestag hat zur Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und der Kommunen in den Jahren 2020 und 2021 ein großes Paket beschlossen, welches uns helfen wird. Er steht zu seiner Verantwortung; denn die Kernarbeit der Integration wird vor Ort in den Kommunen geleistet. Das Gesetz zeigt, dass der Bund die Kommunen nicht im Stich lässt und sich der Belastung, insbesondere durch die Nachwirkungen der hohen Zahl anerkannter Asyl- und Schutzberechtigter aus den Jahren 2015 und 2016, bewusst ist.

Die Länder sind für die asyl- und flüchtlingsbedingten Ausgaben zuständig. Sie müssen ihre Kommunen angemessen und auskömmlich mit Finanzen ausstatten. Wir haben dazu im Landesfinanzausgleich noch nicht die richtigen Lösungen gefunden und hoffen, dass das Land dieser Aufgabe weiterhin verstärkt nachkommt.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Ihnen zum Schluss meiner Ausführungen ein Beispiel nennen. Vielleicht lernen Sie an Beispielen, wie Integration gelingen kann.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU:
Unwahrscheinlich! –

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Sie sind doch
absolut lernunfähig!)

Zu mir ins Wahlkreisbüro kam ein Syrer, der war arbeitswillig. Er hatte einen seltenen Beruf. Er war studierter Geologe und hat in Damaskus im Erdbebenzentrum gearbeitet. Es ist nicht einfach für ihn, hier eine adäquate Stelle zu finden. Wir haben kein Erdbebenzentrum im Kreis Altenkirchen, wo er nahtlos hätte anknüpfen können. Was haben wir gemacht? Er hat erst die Sprache bei einer einfachen

Fließbandarbeit gelernt. Er ist jetzt wieder auf dem Weg, eine akademische Anstellung zu finden.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Wir haben die Familie zurückgeholt. Die Kinder sind in der Grundschule vor Ort integriert und die Frau besucht einen Deutschkurs. Das ist praktische Hilfe. So etwas wünsche ich mir von Ihnen.

(Beifall der CDU und bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Gutes Beispiel! –
Zurufe von SPD und CDU)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es liegen zwei Kurzinterventionen vor, und zwar von den Abgeordneten Joa und Frisch. Zunächst hat der Abgeordnete Joa das Wort.

Abg. Matthias Joa, AfD:

Herr Wäschenbach, ich glaube, die Diskussion ist äußerst wichtig. Ich weiß, dass die Diskussion wehtut, aber wir müssen sie führen.

(Zuruf der Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Giorgia Kazungu-Haß, SPD)

Zuerst einmal, menschenverachtende Worte – ich frage mich, wo ich menschenverachtende Worte gebraucht habe.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Permanent, Sie merken es nur nicht! –

Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wenn Sie den Mund aufmachen! –

Abg. Jens Guth, SPD: Das ist Dauersprachegebrauch, dass merken Sie gar nicht! –

Weitere Zurufe von der SPD)

Die Daten und Zahlen lügen nun einmal leider nicht. Das, was wir hier führen, ist keine Scheindebatte, sondern ist eine Debatte um die Zukunft unseres Landes, die enorm wichtig ist. Es ist keine Scheindebatte, sondern sie ist enorm wichtig.

(Beifall der AfD)

Wir haben zwei große Grundtrends im Land und in Rheinland-Pfalz. Wir haben eine massive demografische Umwälzung. Wir haben an vielen Grundschulen jetzt schon Migrantquoten von 80 bis 90 %.

(Zuruf des Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben die Explosion der Sozialkosten. Das sind die beiden Effekte, die sich gegenseitig verstärken und langfristig beeinflussen.

Ich muss Sie fragen, warum sollten wir abgelehnte Asylbewerber, die zum Großteil betrügerisch als Armutsmigranten hergekommen sind, in den Arbeitsmarkt integrieren?

(Zuruf des Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür sehe ich überhaupt keinen Grund.

(Beifall der AfD –

Abg. Sven Teuber, SPD: Wo ist denn Ihr Konzept? –

Zuruf der Abg. Elfriede Meurer, CDU)

– Auf das Konzept komme ich gerne.

Darüber hinaus gibt es in der EU die Arbeitskräftefreizügigkeit. Wir haben in südeuropäischen Staaten eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. Da sollten wir als Staat eher auf diese Leute zurückgreifen. Deutschland muss für Migranten attraktiv werden, und zwar für hoch qualifizierte Migranten und Fachkräfte. Aber für die sind wir nicht attraktiv. Das ist unser Problem.

(Beifall der AfD –

Abg. Sven Teuber, SPD: Wo ist Ihr Konzept, Ihre Idee? –

Weitere Zurufe von der SPD)

Wenn Sie argumentieren, wir müssen den Leuten helfen, dann sage ich, ja, in Maßen wollen wir das natürlich, aber ich erinnere an eines: Wir sind hier unseren Bürgern und unseren Wählern verantwortlich.

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Wir auch!)

Genau dies ist unser Job.

(Beifall der AfD –

Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP: Wir auch! –

Abg. Giorgia Kazungu-Haß, SPD: Sie verstehen das Prinzip nicht!)

– Ja, Sie schreien immer hier herum, weil irgendwann die Argumente ausgehen, ich weiß.

(Abg. Giorgia Kazungu-Haß, SPD: Nein!)

Aber auch hierzu möchte ich sagen: Wir – Herr Wäschenbach, auch Sie – sprechen davon, sich die Integration leisten zu können.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Hält er jetzt eine Rede, oder ist das eine Kurzintervention? Es ist doch unmöglich, dass er hier so lange labert! –

Zuruf der Abg. Giorgia Kazungu-Haß, SPD)

Ich frage mich, wo wir Integration noch leisten sollen. Wie wollen Sie in Ludwigshafen, in Koblenz oder in Germersheim eine Integration leisten, wo wir Parallelgesellschaften

und 80 bis 90 % Migranten in den Grundschulen haben?
Das funktioniert praktisch überhaupt nicht mehr.

(Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was für ein rassistisches Geschwätz!)

So leid es mir tut.

(Abg. Sven Teuber, SPD: Kommen Sie aus Ihrer Blase doch mal heraus!)

Ich hoffe, wir lernen in diesem Haus endlich, sachlich und nüchtern über real bestehende Probleme zu diskutieren. Dazu sind Sie leider nicht fähig. Das finde ich wirklich erbärmlich auch für unsere Demokratie.

(Beifall der AfD –
Zuruf des Abg. Sven Teuber, SPD –
Weitere Zurufe von der SPD –
Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Diskussion ist entstanden, weil die Frage aufkam, ob das eine Kurzintervention auf den Kollegen Wäschenbach war.

(Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: War es nicht!)

Der Anfang hat sich auf den Kollegen Wäschenbach bezogen, die weiteren Ausführungen stelle ich anheim.

Ich weise deshalb noch einmal darauf hin, die Kurzintervention ist dafür gedacht, direkt auf den Vorredner einzugehen, und zwar auch in der Argumentation. Ich bitte, das jetzt zu berücksichtigen. Sie kennen die Geschäftsordnung. Es ist sehr unschön, dass diese Frage immer wieder auftaucht.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Es folgt die zweite Kurzintervention des Abgeordneten Frisch.

(Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Auch vorbereitet! –
Abg. Sven Teuber, SPD: Manche können
halt nicht lernen! –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Kleinkariert!)

Abg. Michael Frisch, AfD:

Herr Kollege Wäschenbach, ich kenne und schätze Sie als einen sehr besonnenen und ruhigen Kollegen hier im Parlament, mit dem man differenzierte und vernünftige Debatten führen kann. Von daher war ich ein bisschen enttäuscht, dass Sie in dieser Form auf die Rede meines Kollegen Matthias Joa reagiert haben.

(Zuruf der Abg. Ellen Demuth, CDU –
Weitere Zurufe von der CDU)

Ich würde eindringlich darum bitten, dass wir verbal etwas abrüsten.

(Heiterkeit bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Abg. Hedi Thelen, CDU: Wer so im
Glaskasten sitzt!)

Ich kann nur jeden bitten, sich den Wortlaut der Rede von Herrn Joa noch einmal anzuschauen.

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Besser
nicht! –

Abg. Jürgen Noss, SPD: Um Gottes willen!)

Er hat eine durchaus pointierte, scharfe inhaltliche Kritik geübt. Das ist Sache der Opposition. Diese Kritik nachher in dieser Form moralisch zu bewerten, wie Sie das gemacht haben, Herr Wäschenbach, finde ich nicht angemessen.

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Ich
glaube, Sie haben ihm gar nicht zugehört,
oder?)

Das verhilft auch nicht zu einer wirklich sachlichen Debatte in diesem Haus, die wir führen müssen.

(Beifall der AfD)

Zu dem, was Sie inhaltlich gesagt haben, möchte ich zwei Punkte klarstellen. Wir weisen seit Jahren darauf hin, dass wir eine saubere Trennung zwischen Asyl und Fachkräftezuwanderung vornehmen müssen. Das ist hier wieder alles auch von Ihnen vermischt worden. Natürlich gibt es Menschen, die ein Recht haben, auf Zeit Hilfe und Zuflucht bei uns zu finden.

(Abg. Marco Weber, FDP: Er soll jetzt nicht
dem Joa seine Rede erklären! –
Weitere Zurufe von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Diese Menschen können und müssen wir, wenn sie dauerhaft hierbleiben, bei uns integrieren.

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD:
Kurzintervention, oder?)

Daneben haben wir den Fachkräftemangel. Den haben Sie sehr deutlich angesprochen.

(Zurufe von der SPD)

Jenseits dieser schönen Einzelbeispiele, von denen Sie auch eines genannt haben, die es gibt und die wir ausgesprochen wertschätzen, kommt gerade von Handwerk, Industrie und Handel die Rückmeldung, dass viele der über die Asylzuwanderung gekommenen Menschen aufgrund ihrer mangelnden Vorbildung, teilweise aufgrund der kulturellen Unterschiede, nur sehr schwer im Arbeitsmarkt zu vermitteln sind. Auch das ist Fakt. Das heißt für uns, dass wir Probleme bekommen, wenn sie dauerhaft nicht in den Arbeitsmarkt, sondern in die Sozialsysteme einwandern. Das muss man offen ansprechen; denn das geht ganz stark zulasten der steuerzahlenden Bürger.

Wir haben – auch das haben Sie kritisch angemerkt – sehr wohl Vorschläge gemacht, wie man diesem Fachkräftemangel auf anderem Weg begegnen kann als über eine

Asylzuwanderung,

(Abg. Sven Teuber, SPD: Er spricht nicht zu mir, nicht zum Wäschenbach! –
Zuruf der Abg. Giordina Kazungu-Haß, SPD)

nämlich durch eine gute Familienpolitik, die dafür sorgt, dass wir jedenfalls mittel- und langfristig wieder mehr Kinder bekommen. Die Ministerpräsidentin hat heute Morgen auch darauf hingewiesen, dass es hier in den vergangenen Jahrzehnten Defizite gab. Wir müssen darauf hinarbeiten.

(Abg. Jens Guth, SPD: Er bezieht sich auf die Rede der Ministerpräsidentin!)

Hier ist viel versäumt worden.

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Sie müssen zu Herren Wäschenbach sprechen, Herr Abgeordneter Frisch.

Abg. Michael Frisch, AfD:

Natürlich.

(Abg. Jens Guth, SPD: Er mischt alles durcheinander! Er missachtet die Regeln des Parlaments! Jetzt reicht es aber langsam! Sie pöbeln doch die ganze Zeit! Sie sprechen alle möglichen Leute an, nur nicht den Redner vorher! –
Glocke der Präsidentin)

– Herr Guth, hören Sie auf, hier herumzupöbeln. Ich rede davon, dass wir einen Fachkräftemangel haben, zu dem Herr Wäschenbach angemerkt hat, wir hätten keine Lösungsvorschläge.

Unser Lösungsvorschlag ist,

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Wer will denn Ihre Lösungsvorschläge hören?)

dass wir eine vernünftige Fachkräftezuwanderung qualifizierter Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in unserem Land bekommen, wie wir das seit Jahren wollen.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Abg. Jens Guth, SPD: Die Zeit ist abgelaufen, Frisch!)

Abg. Michael Frisch, AfD:

Das ist eine unverschämte Art und Weise des Umgangs mit einem demokratisch gewählten Politiker.

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Abgelaufen! Keine Redezeit mehr! –
Unruhe im Hause)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Sie setzen sich bitte wieder auf Ihren Platz, Herr Frisch.

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, trotz der Hitzigkeit der Debatte einen parlamentarischen Stil zu pflegen. Ich glaube, das wäre ganz gut.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Das ist unerträglich! –

Abg. Jens Guth, SPD: Lesen Sie mal die Geschäftsordnung!)

Es wäre gut, wenn wir das jetzt für die letzten Minuten noch hinbekommen würden.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Ich muss mich nicht beschimpfen lassen! Ich bin gewählter Abgeordneter des rheinland-pfälzischen Parlaments! –

Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD)

Entschuldigung, ich unterbinde jetzt diese Diskussionen hier. Ich habe etwas dazu gesagt, wie Kurzinterventionen aussehen müssen. Ich bitte darum, dass sich zukünftig alle daran halten. Wir können das gerne noch einmal im Ältestenrat thematisieren. Ich glaube, in diesem Stil geht es hier nicht.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Jetzt tun Sie doch nicht so weinerlich! Sie beleidigen das Gros hier im Parlament und sind dann weinerlich, Sie haben ein Glaskinn! –

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Sie Schwätzer, was wollen Sie denn? –
Glocke der Präsidentin)

Herr Wäschenbach hat jetzt die Gelegenheit zur Erwiderung.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Herr Junge, was wollen Sie denn, Sie Abgewählter? Wer hat Sie denn gefragt? Gescheiterter Landesvorsitzender! –
Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie stellen jetzt diese Zwischenrufe ein.

(Unruhe im Hause)

Möchten Sie die Sitzung fortsetzen, oder wollen Sie sich weiter hier öffentlich streiten?

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Das liegt an Ihnen!)

Ich glaube, die Mehrheit möchte fortsetzen. Die anderen können bitte in der Lobby ihre Diskussionen fortsetzen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: In der Lobby führt doch keiner Protokoll! –
Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Das gilt für alle. Das machen Sie bitte in der Lobby, Herr Abgeordneter.

Der Kollege Wäschenbach hat jetzt die Gelegenheit zur

Erwiderung auf die Kurzintervention.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Abg. Michael Wäschenbach, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich möchte gar nicht mehr viel sagen. Wir haben gerade vorgeführt bekommen, dass das heute eine Scheindebatte ist. Es ist keine inhaltliche Debatte um die Arbeitsmarktintegration.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Richtig! –
Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Ja!)

Liebe AfD, Sie haben einen systemischen und politischen Denkfehler; denn Sie unterscheiden Menschen in Analphabeten, in Lernwillige, in gute Facharbeiter, in Faule und in Sozialschmarotzer.

(Abg. Matthias Joa, AfD: Wie
Einwanderungsländer das halt machen! –
Abg. Martin Haller, SPD: Das wurde schon
mal gemacht!)

Für uns ist jeder Mensch nach Artikel 1 des Grundgesetzes gleich. Lernen Sie das bitte einmal.

(Beifall der CDU, der SPD, der FDP und
des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Nehmt
den Wäschenbach, ich sage es doch! –
Zurufe von der AfD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die Landesregierung spricht Staatsministerin Bätzing-Lichtenthäler.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir über Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten sprechen, dann sollten wir eine realistische Einschätzung der Situation vornehmen, klar und nüchtern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, man sollte keine Horrorszenarien malen, so wie Sie das heute Vormittag hier tun.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Abg. Uwe Junge, AfD: Nennen Sie doch
mal die Zahlen!)

Das, was Sie hier darstellen, hilft an keiner Stelle weiter.

Im Jahr 2015 war bereits klar, es wird für viele Geflüchtete ein langer Weg, wenn es darum geht, Ausbildung oder Arbeit zu erhalten.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Nein, die SPD
sagt, das seien alles Fachkräfte! –
Abg. Uwe Junge, AfD: Das hat doch mit
Integration nichts zu tun. Das ist doch nicht
Integration. Asyl ist nicht Einwanderung!)

Hören Sie mir zu, dann lernen Sie heute Nachmittag noch etwas.

(Abg. Jens Guth, SPD: Das glaube ich bei
denen nicht! –
Weitere Zurufe von der SPD)

Es gilt, diese Hürden zu überwinden. Es gibt Hürden, die wir alle kennen, wenn es um dieses Thema geht: Da sind die Sprachkenntnisse, die Qualifizierungen, die Bildungsabschlüsse.

Bei diesen geflüchteten Menschen kommen aber noch weitere hinzu. Da sind traumatische Erlebnisse, da ist Gewalterfahrung, was die Arbeitsmarktintegration noch weiter erschwert und herausfordert. Auch das IAB hat bestätigt, dass die Herausforderungen für Geflüchtete, die nach 2015 nach Deutschland gekommen sind, um ein Vielfaches größer sind als für diejenigen, die vor 2015 zu uns gekommen sind.

Wenn wir uns hier an Fakten halten, dann sollten wir auch zur Kenntnis nehmen, dass es gerade vor diesem Hintergrund umso bemerkenswerter ist, dass die Arbeitsmarktintegration der Menschen, die nach 2015 zu uns gekommen sind, schneller vorangeschritten ist, als dies bei den vorherigen der Fall war. Ich kann Ihnen das sehr gern auch bestätigen und belegen.

Die Arbeitslosenquote bei Staatsangehörigen nichteuropäischer Asylhauherkunftsländer lag im Juni 2018 bei 37,1 %. Sie lag aber nur geringfügig über der Arbeitslosenquote, die wir aus dem Jahr 2014 kennen. Damals hatten wir nämlich 36,4 %, und das war die Zeit vor den großen Fluchtbewegungen. Das ist ein positives Zeichen, vor allen Dingen, wenn man weiß, dass wir zwischenzeitlich eine Arbeitslosenquote von 48,6 % im August 2017 hatten. Wenn es dann gelingt, innerhalb eines Jahres einen Rückgang bei der Arbeitslosenquote um 11 % zu erreichen, dann ist das eine positive Entwicklung, und das sind auch Fakten.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie behaupten, das sei alles prekäre Beschäftigung, dann empfehle ich Ihnen den Blick auf die Fakten und die Zahlen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist von 3.790 im Jahr 2015 auf fast 15.000 im Jahr 2018 gestiegen. Auch die Beschäftigungsquote hat sich mehr als verdoppelt. Nehmen Sie diese Fakten doch zur Kenntnis, und verbreiten Sie hier keine Horrorszenarien, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich – das möchte auch gar keiner in Abrede stellen – bleiben hier Herausforderungen und bleibt auch noch viel zu tun, wenn es um die Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen geht. Das ist eine Aufgabe, die uns alle angeht. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Gerade auch von den Geflüchteten werden hier Anstrengungen mit erwartet.

Ja, es ist zutreffend, dass viele keinen Berufsabschluss haben. Entweder fehlen die Unterlagen, oder die Anfor-

derungen in Deutschland an die Anerkennung sind eben auch besonders hoch, zu Recht besonders hoch. Aber bei vielen der Geflüchteten finden wir berufliche Vorerfahrungen, die wir analysieren, die wir nutzen können, um sie dann auch für die Arbeitsmarktintegration weiter zu verwenden.

Im Übrigen, nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis, dass viele Anstrengungen von den verschiedensten Stellen unternommen werden, um geflüchtete Menschen zu qualifizieren, ob das die Landesmaßnahmen sind, ob das die Partner der Bundesagentur für Arbeit und der Kammern sind oder viele weitere Institutionen, die sich hier aktiv für die Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen engagieren.

Sehr geehrter Herr Joa, Sie werden jetzt gleich wieder die Möglichkeit einer Kurzintervention nutzen. Sie melden sich schon.

(Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das muss man nicht zulassen!)

Dann gehen Sie vielleicht auch darauf ein, dass Asyl ein Menschenrecht ist, und es wird nicht nach Qualifikationsniveau gewährt.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Vielmehr wird Asyl dann gewährt, wenn Menschen in ihrem Herkunftsland verfolgt werden. Asyl darf nicht mit Fachkräfteeinwanderung vermischt werden. Nehmen Sie das doch einmal zur Kenntnis!

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Abg. Uwe Junge, AfD: Genau, sehr gut!
Genau das ist der Punkt! Genau das sagen wir auch! –

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das sagen wir doch die ganze Zeit!)

Dann differenzieren Sie es doch bitte einmal. Dann differenzieren Sie es doch bitte.

Ja, natürlich bietet es auch Chancen, wenn man sieht, da sind Menschen, die geflüchtet sind, die bei uns sind, die hoch motiviert sind. Wir haben Unterstützungsmaßnahmen, und, ja, dann kann man auch Fachkräftebedarfe damit bedienen.

Herr Teuber hat den großen Bedarf in der Pflege angesprochen. Gerade die Motivation der Geflüchteten, in der Pflege tätig zu werden, das sind Chancen, die es zu ergreifen gilt.

Aber ich sage es noch einmal: Es hat nichts damit zu tun, dass dies mit Fachkräfteeinwanderung zu vermischen wäre. Asyl ist ein Menschenrecht, und das wird auch gewährt.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Aufgrund der verlängerten Redezeit der Landesregierung

stehen den Fraktionen noch weitere 50 Sekunden Redezeit zur Verfügung. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Der Abgeordnete Joa hat sich gemeldet.

Abg. Matthias Joa, AfD:

Frau Ministerin, ich mache es kurz. Es ist gut, dass wir etwas weiterkommen in der Diskussion. Asyl und Einwanderung unterscheiden sich tatsächlich und dürfen nicht vermischt werden, so wie es hierzulande mittlerweile erfolgt.

Man muss auch noch eines sehen: 1 % aller Bewerber sind wirklich asylberechtigt. Die Migranten haben im Regelfall schon zig Länder vorher durchquert, sie waren also schon sicher, bevor sie zu uns kamen.

Die Sozialkosten im SGB II explodieren. Das sind Fakten, das können Sie auch nicht wirklich bestreiten. Auch die Mehrzahl der Beschäftigung erfolgt im unteren Lohnbereich.

Unterm Strich – diese These vertrete ich immer noch – machen wir hierzulande ein gigantisches Verlustgeschäft für die Steuer, für die Beitragszahler und für die Wohlfahrt in der Volkswirtschaft.

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Das glaube ich jetzt nicht, das ist unfassbar!

Einfach unmöglich! –

Abg. Hedi Thelen, CDU: Sie vermischen es ja schon wieder! Jetzt haben Sie es wieder vermengt!)

Worauf ich vorhin hinaus wollte: Während klassische Einwanderungsländer

(Glocke der Präsidentin)

wie die USA oder Kanada eine Bestenauslese betreiben, betreiben wir quasi eine Schlechtestenauslese bzw. „Survival of the Fittest“, was auch nicht wirklich sozial ist.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen uns jetzt nicht mehr vor. Der Tagesordnungspunkt ist erledigt.

Damit sind wir am Ende der heutigen Plenarsitzung angekommen. Ich lade Sie ganz herzlich zu unserer Gedenksitzung am 27. Januar ein und wünsche Ihnen und Ihren Familien jetzt abschließend frohe Weihnachten und einen guten Start ins neue Jahr. Bleiben Sie gesund, und kommen Sie gut nach Hause.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ende der Sitzung: 12:23 Uhr